Bildung im Spannungsfeld veränderter Rahmenbedingungen

A

Die gesamtgesellschaftlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen von Bildung entwickelten sich in den letzten Jahren sehr dynamisch: Die Geburtenentwicklung und das Wanderungsgeschehen bestimmen grundsätzlich die zukünftige Anzahl an potenziellen Bildungsteilnehmer:innen. Die finanzielle Ausstattung des Bildungssystems, die u.a. abhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung ist und mit anderen öffentlichen Aufgaben und Ausgaben konkurriert, muss in einem angemessenen Verhältnis zu dieser Zahl stehen. Maßgeblich für den Bildungserfolg von Kindern und Jugendlichen ist die Situation in den Familien und deren Ausstattung mit unterschiedlichen Ressourcen. Kapitel A betrachtet deswegen mit den Bereichen Demografie, Wirtschaft, Erwerbstätigkeit sowie Familien- und Lebensformen grundlegende Rahmenbedingungen von Bildung.

Im Bereich Demografie wird zunächst die Entwicklung der Bevölkerungsstruktur in einer langfristigen Perspektive in den Blick genommen. Als entscheidende Einflussfaktoren auf die Bevölkerungsentwicklung werden die aktuelle Dynamik der Geburtenentwicklung und die Außenwanderung dargestellt. Dabei gilt es zu betrachten, wie Zuwanderung die Zusammensetzung der Bevölkerung in den für jeweils unterschiedliche Bildungsphasen relevanten Altersgruppen beeinflusst (**A1**).

Die finanzielle Situation der öffentlichen Haushalte bestimmt maßgeblich die Ausstattung des Bildungswesens mit Ressourcen. Dabei gewährleistet eine positive konjunkturelle Entwicklung steigende Steuereinnahmen, die den öffentlichen Haushalten Handlungsspielräume für Investitionen, auch in das Bildungswesen, eröffnen. Gleichzeitig sind Investitionen in das Bildungswesen zentral für eine positive wirtschaftliche Entwicklung, insbesondere in Zeiten des Strukturwandels. Die wirtschaftliche Gesamtentwicklung wird anhand der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts betrachtet und in den europäischen Vergleich eingeordnet. Zudem ist an der Stelle die Finanzsituation der öffentlichen Haushalte in Bezug auf Einnahmen, Ausgaben und den Schuldenstand zu analysieren (**A2**).

Der demografische Wandel bestimmt den Arbeitsmarkt derzeit stark. Das Ausscheiden der geburtenstarken Jahrgänge aus dem Erwerbsleben wird den Fachkräftemangel, der in einigen Bereichen bereits vorherrscht, noch verstärken. Vor diesem Hintergrund werden die wichtigsten Hebel im Bereich der Arbeitskräfte- und Fachkräftesicherung näher beleuchtet: die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Älteren und Frauen sowie die Arbeitsmarktintegration von Zugewanderten. Zudem werden die Entwicklung der Beschäftigtenzahlen im Zeitverlauf und in den verschiedenen Wirtschaftszweigen sowie die Entwicklung von Erwerbslosigkeit und atypischer Beschäftigung in Abhängigkeit vom Bildungsabschluss dargestellt (**A3**).

Erwerbstätigkeit prägt stark die sozioökonomische Situation der Familie, die wiederum einen sehr großen Einfluss auf den Bildungserfolg der Kinder ausübt. Sie gilt es daher im Bereich Familien- und Lebensformen näher in den Blick zu nehmen: Die sich aus dem direkten familialen Umfeld ergebenden Risikolagen für die Kinder werden differenziert nach Familienstand, Einwanderungsgeschichte und Anzahl der Kinder in der Familie analysiert und international verglichen (**A4**).

A 1

Zuletzt im Bildungsbericht 2024 als A1

Demografische Entwicklung

Um gegenwärtige und zukünftige Bedarfe an Bildungsangeboten in den verschiedenen Bildungsbereichen und daraus abzuleitende notwendige Kapazitäten von Bildungseinrichtungen einschätzen zu können, ist eine Betrachtung der Bevölkerungsentwicklung in den unterschiedlichen Altersgruppen unabdingbar. Der folgende Abschnitt gibt zunächst einen Überblick über die derzeitige und zukünftige Entwicklung der Bevölkerungsstruktur, insbesondere in den Altersphasen, die stark durch Bildungsaktivitäten geprägt sind. Anschließend werden mit Geburtenentwicklung und Zuwanderungsgeschehen die wichtigsten Einflussfaktoren für die demografische Entwicklung analysiert.

Bevölkerungsstruktur und Bevölkerungsentwicklung

Bevölkerungswachstum um 2,4 Millionen innerhalb von 10 Jahren

Die Bevölkerungsentwicklung wird grundsätzlich durch die Anzahl der Geburten und Sterbefälle sowie durch internationale Zu- und Abwanderung bestimmt. Die Differenz der Geburten und Sterbefälle ist seit den 1970er-Jahren negativ; ohne Zuwanderung wäre also seitdem ein kontinuierlicher Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen. Insgesamt ist die Bevölkerung Deutschlands – nach einem moderaten Rückgang in den 2000er-Jahren – von 2011 an mit Ausnahme der Jahre 2020 und 2022 zuwanderungsbedingt kontinuierlich gewachsen. Im Vergleich zu 2014 lässt sich ein Bevölkerungszuwachs von rund 2,4 Millionen auf knapp 83,6 Millionen Personen für das Jahr 2024 verzeichnen (**Tab. A1-1web**).

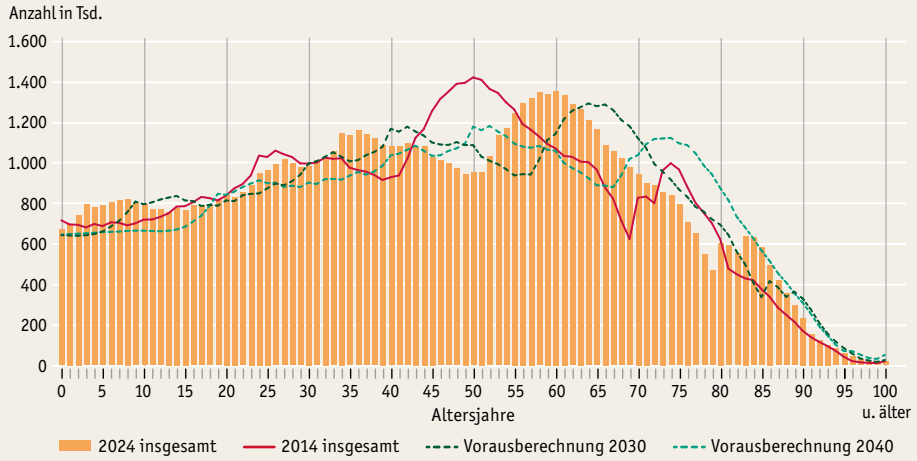
Die Bevölkerungsentwicklung seit 2014 unterscheidet sich stark zwischen den Altersgruppen. Die Altersgruppe der 3- bis unter 6-Jährigen, also eine unmittelbar für die frühe Bildung, jedoch im zeitlichen Verlauf auch für die folgenden Bildungsbereiche relevante Gruppe, hat sich mit einer Zunahme um 15 % in Deutschland zwischen 2014 und 2024 stark vergrößert. Diese Entwicklung fällt regional heterogen aus: In den ostdeutschen Flächenländern ist mit Ausnahme Brandenburgs im Vergleich zu 2014 ein leichter Rückgang der Bevölkerung in dieser Altersgruppe in Höhe von 2 % bis 6 % zu verzeichnen (**Tab. A1-2web**). Die Altersgruppe der 6- bis unter 10-Jährigen, der Kinder im typischen Grundschulalter, ist zwischen 2014 und 2024 in Deutschland um 16 % gewachsen. Ebenso in diesem Zeitraum gewachsen, und zwar um 5 % im Bundesdurchschnitt, ist die Zahl der 10- bis 15-Jährigen (**Tab. A1-2web, Abb. A1-1**). In den Stadtstaaten und den ostdeutschen Flächenländern ist im Vergleich zu 2014 ein beträchtlicher Anstieg in der Altersgruppe der 15- bis unter 20-Jährigen – die unmittelbare Hauptzielgruppe für die berufliche Ausbildung und den Erwerb der (Fach-) Hochschulreife – zu verzeichnen (**Tab. A1-2web**). Die im 10-Jahres-Zeitraum beobachteten Bevölkerungszuwächse in den unteren Altersgruppen gehen stark auf den Anstieg der Geburtenzahl ab Anfang der 2010er-Jahre zurück (**Abb. A1-2**). Die seit 2022 wieder erheblich sinkende Geburtenzahl schlägt sich hingegen unmittelbar in der Zahl der Kinder unter 3 Jahren nieder. Allein von 2022 bis 2024 hat diese in Deutschland um 7 % abgenommen. Besonders ausgeprägt zeigt sich diese Entwicklung in den ostdeutschen Flächenländern mit Abnahmeraten zwischen 11 und 15 % in diesem kurzen Zeitraum. Auch die Zahl der Kinder in der Altersgruppe von 3 bis unter 6 Jahren ist dort seit 2022 zurückgegangen (**Tab. A1-2web**). Diese Entwicklung ist kurzfristig von hoher Relevanz für die frühe Bildung (vgl. **C2**, **B1**) und betrifft mittelfristig auch alle folgenden Bildungsbereiche, insbesondere in Hinblick auf die regionale Ausgestaltung von Bildungsangeboten in den unterschiedlichen Bildungsetappen.

Seit 2014 Bevölkerungswachstum in den Altersgruppen unter 15 Jahren

Seit 2022 deutlicher Rückgang der Zahl von Kindern unter 3 Jahren

In den kommenden Jahren wird sich der Altersaufbau der Bevölkerung stark verändern, vor allem bedingt durch die geburtenstarken Jahrgänge, die das Rentenalter erreichen und zu denen insbesondere die Geburtsjahrgänge von 1957 bis 1968 mit

Abb. A1-1: Bevölkerung nach Altersjahren 2014 und 2024 sowie Ergebnisse der Vorausberechnung für 2030 und 2040



Lesebeispiel: Die Zahl der 10-Jährigen betrug 2014 rund 720.000 Personen. Im Jahr 2024 gab es rund 797.000 Personen im Alter von 10 Jahren. Diese 2024 10-Jährigen werden im Jahr 2030 16 und im Jahr 2040 26 Jahre alt sein. Die geringe Sterblichkeit in dieser Zeitspanne und der angenommene positive Wanderungssaldo werden den Gesamtumfang dieser Gruppe bis 2040 auf knapp 903.000 Personen ansteigen lassen. Unter der Annahme einer moderaten Geburtenentwicklung und Zuwanderung werden 2040 knapp 665.000 10-Jährige in Deutschland leben.
Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Bevölkerungsfortschreibung (D), 16. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung
→ Tab. A1-3web

jeweils mindestens 1,2 Millionen Personen bei Geburt zählen (Pötzsch & zur Nieden, 2024). Dadurch wird die Bevölkerung ab 67 Jahren, die bereits zwischen 1990 und 2024 um rund 10,4 Millionen auf rund 16,7 Millionen deutlich angewachsen ist, nach Ergebnissen der 16. Bevölkerungsvorausberechnung (D) (M) im Jahr 2040 circa 21 Millionen betragen. Diese Entwicklung ist durch den derzeitigen Altersaufbau der Bevölkerung bereits im Wesentlichen vorgezeichnet (**Abb. A1-1**). Hingegen hängt die Entwicklung der Zahl der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren stark von Geburtenentwicklung und Zuwanderung ab. Unter den Annahmen einer jeweils moderaten Entwicklung (mittelfristig wieder leichte Zunahme der Geburtenhäufigkeit, Außenwanderung (M) vergleichbar mit dem Durchschnitt der Jahre 1955 bis 2024) wird diese von 14 Millionen im Jahr 2024 auf rund 12 Millionen im Jahr 2040 abnehmen. Bis zum Jahr 2030 zeichnet sich in dieser Variante der Vorausberechnung eine sichtbar unterschiedliche Entwicklung je nach Altersgruppe ab: Die Zahl der älteren Kinder und Jugendlichen ab 11 Jahren wird dann voraussichtlich größer, die Zahl der jüngeren Kinder hingegen kleiner als im Jahr 2024 sein (**Abb. A1-1**).

2040 wird jede 4. Person in Deutschland im Rentenalter sein

Bis 2030 voraussichtlich deutlich weniger Kinder im Kita- und Grundschulalter, jedoch mehr Kinder und Jugendliche ab 11 Jahren

Die Zahl der Menschen im Alter von 20 bis 66, die derzeit das hauptsächliche Erwerbspersonenpotenzial bilden, wird unter den genannten moderaten Annahmen von rund 51,2 Millionen im Jahr 2024 auf rund 46,7 Millionen im Jahr 2040 sinken (**Abb. A1-1**; Statistisches Bundesamt, 2025c). Die demografische Alterung hat deutliche Auswirkungen auf soziale Sicherungssysteme, Arbeitsmarkt (**A3**) und wirtschaftliche Entwicklung (**A2**). Auswirkungen sind auch auf Weiterbildungsangebote und -beteiligung innerhalb und außerhalb von Betrieben (vgl. **G**) zu erwarten; es ist dabei insbesondere von einer verstärkten Nachfrage nach Bildungsangeboten für Personen im Nacherwerbsalter auszugehen.

Zahl der Personen im Erwerbsalter wird zurückgehen

Geburtenentwicklung

Ein wichtiger Einflussfaktor für die Bevölkerungsentwicklung ist die Zahl der Geburten. Diese hängt zum einen von der Zahl der Frauen im Alter von 15 bis 49 Jahren (potenzielle Mütter) und zum anderen von der relativen Geburtenhäufigkeit (Ferti-

lität) ab. Letztere wird in Bezug auf ein Kalenderjahr mit der zusammengefassten Geburtenziffer Ⓜ gemessen.

Zahl der Geburten rückläufig

Die Zahl der Geburten stieg in den Jahren ab 2012 an und verblieb von 2016 bis 2021 auf einem im Vergleich zu den 2000er-Jahren erhöhten Niveau. Seit 2022 ist die Geburtenzahl wieder deutlich rückläufig und liegt mit rund 677.000 Geburten im Jahr 2024 auf dem Niveau von 2012. Zum Teil ist der Geburtenrückgang auf eine längere Phase des Absinkens der Anzahl von Frauen im Alter von 15 bis 49 zurückzuführen (**Abb. A1 -2**), er geht jedoch auch auf eine erheblich rückläufige relative Geburtenhäufigkeit zurück (**Abb. A1-3**).

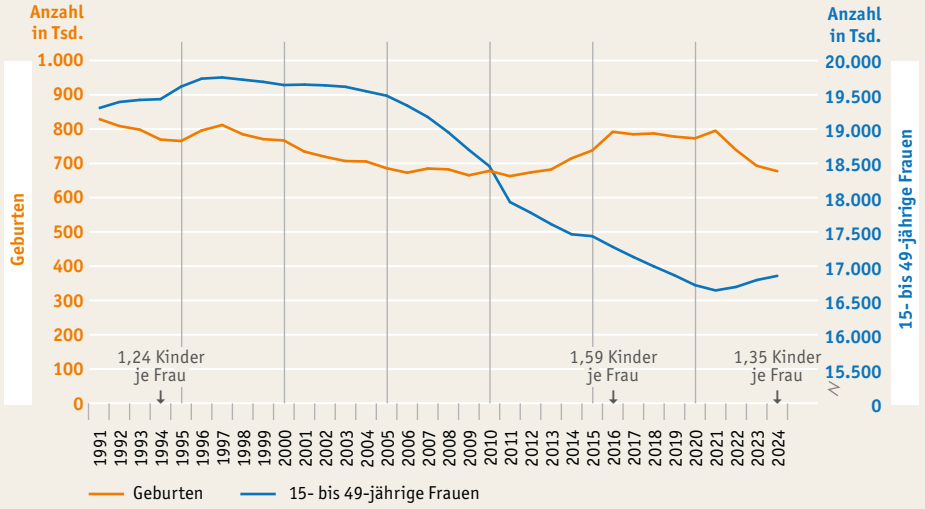
Zusammengefasste Geburtenziffer ab 2022 stark rückläufig

Besonders markant zeigt sich die Abnahme der Geburtenhäufigkeit in Ostdeutschland: Im Jahr 2024 beträgt die zusammengefasste Geburtenziffer dort 1,27 Kinder je Frau; noch im Jahr 2016 erreichte sie in Ostdeutschland mit 1,64 Kindern je Frau ihren Höchststand seit der Wiedervereinigung und lag höher als die zusammengefasste Geburtenziffer in Westdeutschland (1,60). Seit 2017 ist ein relativ kontinuierliches, zunächst nur leichtes, ab 2022 sehr deutliches Absinken der zusammengefassten Geburtenziffer in Ostdeutschland zu beobachten. Auch in Westdeutschland sinkt diese bereits seit 2017 leicht und seit 2022 erheblich auf 1,38 Kinder je Frau im Jahr 2024, hier wurde der Trend aber durch ein erneutes Ansteigen im Jahr 2021 kurzzeitig unterbrochen (**Abb. A1-3**). Vergleicht man die Geburtenentwicklung von Frauen mit deutscher und nichtdeutscher Staatsangehörigkeit, zeigt sich in beiden Gruppen eine ähnliche Dynamik mit einem Anstieg der zusammengefassten Geburtenziffer Mitte der 2010er-Jahre und einem zunächst langsamen Absinken ab 2017; bei Frauen mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit liegt die zusammengefasste Geburtenziffer jedoch im gesamten Zeitraum weitaus höher und erreichte im Jahr 2016 ihr Maximum mit 2,28 Kindern je Frau (**Tab. A1-1web**).

Rückläufige Geburtenziffer in Deutschland entspricht europäischem Trend

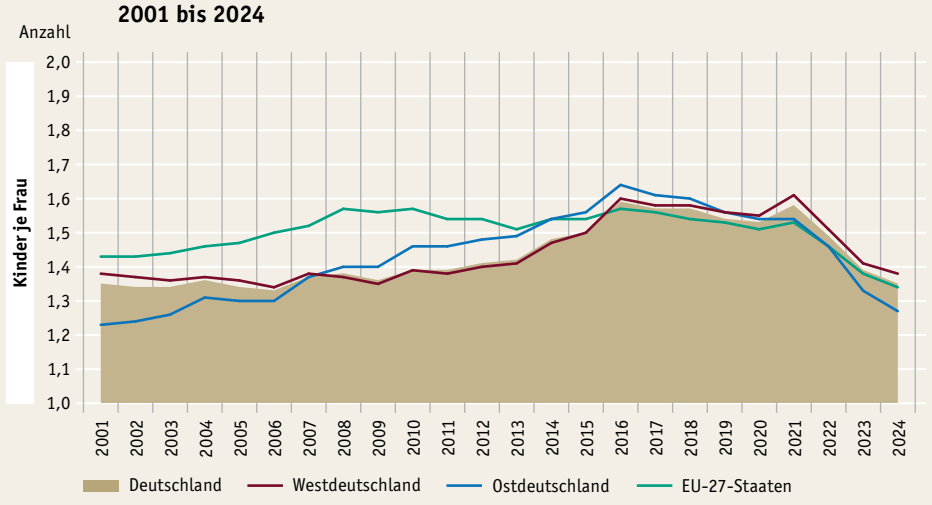
Die Entwicklung des Absinkens der zusammengefassten Geburtenziffer lässt sich auch im europäischen Ausland beobachten. Im Jahr 2016 betrug die zusammengefasste Geburtenziffer im Durchschnitt der EU-27-Staaten Ⓖ 1,57 Kinder je Frau. In den Folgejahren ist sie mit einer kurzzeitigen Unterbrechung des Trends im Jahr 2021 zunächst gering, ab 2022 dann deutlich auf 1,34 Kinder je Frau im Jahr 2024 gesunken (**Abb. A1-3**).

Abb. A1-2: Anzahl der Geburten und der Frauen im Alter von 15 bis 49 Jahren in Deutschland 1991 bis 2024



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Bevölkerungsstatistik, Geburtenstatistik → ***Tab. A1-1web***

Abb. A1-3: Zusammengefasste Geburtenziffer in Deutschland und in den EU-27-Staaten 2001 bis 2024



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Geburtenstatistik; Eurostat → ***Tab. A1-1web, Tab. A1-4web***

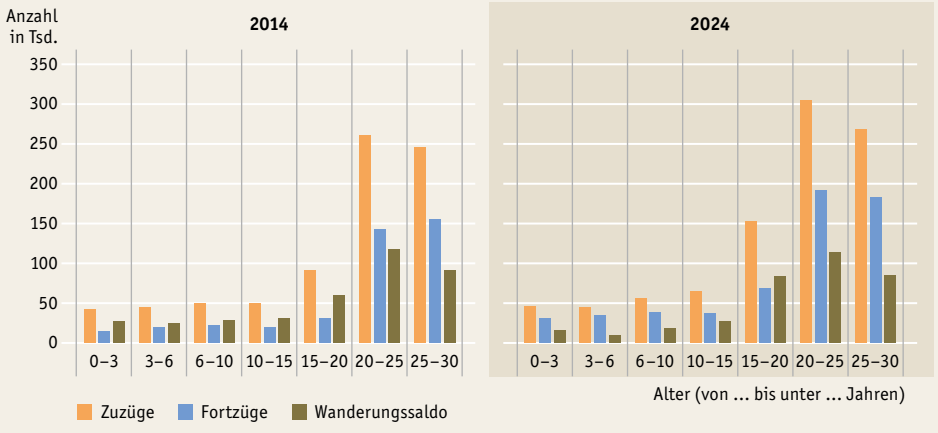
Für das rapide Absinken der Fertilität werden verschiedene Gründe diskutiert, vertiefte Forschung zu möglichen Einflussfaktoren und ihres jeweiligen Gewichts steht dabei noch aus. Ein möglicher Erklärungsansatz liegt in der Tatsache begründet, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein für viele Eltern sehr relevanter Faktor bei der Familienplanung ist. Die Vereinbarkeit erleichternde politische Maßnahmen, die wirksam aufeinander abgestimmt sind, können sich daher langfristig positiv auf die Geburtenrate auswirken (Bujard, 2016). Nach Implementierung entsprechender familienpolitischer Maßnahmen in Deutschland, wie der Einführung des Elterngelds 2007 und des 2013 verankerten Rechtsanspruchs auf einen Platz in der Kindertagesbetreuung mit dem zugehörigen Infrastrukturausbau, war zunächst ein Anstieg der Fertilität zu beobachten. Sofern dieser Anstieg durch familienpolitische Maßnahmen mitbedingt war, hat ihr Effekt nachgelassen, potenziell auch, da noch immer beträchtliche ungedeckte Betreuungsbedarfe bestehen und das Betreuungssystem in den vergangenen Jahren durch den allgemeinen Personalmangel sowie pandemiebedingte Schließungen als nicht ausreichend verlässlich wahrgenommen wurde (vgl. **C2**, **C4**). Ein weiterer Erklärungsansatz liegt in den multiplen Krisen der vergangenen Jahre, die eine die Familienplanung beeinflussende Verunsicherung bei Menschen ausgelöst haben könnten. Ergebnissen des deutschen familiendemografischen Panels FReDA zufolge ist die durchschnittliche intendierte, d.h. über die gesamte reproduktive Lebenszeit geplante Kinderzahl zwischen 2021 und 2024 stabil geblieben, der Anteil der Frauen und Männer im Alter von 30 bis 39 Jahren, die in den kommenden 3 Jahren ein (weiteres) Kind planen, ist jedoch im selben Zeitraum zurückgegangen. Es ist daher möglich, dass ein Kinderwunsch in vielen Fällen krisenbedingt zurückgestellt wird (Friedrich & Bujard, 2025).

Multiple Krisen führen möglicherweise dazu, dass die Realisierung von Kinderwünschen aufgeschoben wird

Zu- und Fortzüge

Außer Geburten und Sterbefällen beeinflusst der Saldo der Wanderungen – die Differenz zwischen Zuzügen nach und Fortzügen aus Deutschland – die Bevölkerungszahl und Altersstruktur. Der Wanderungssaldo kann im Zeitverlauf sehr starken Schwankungen ausgesetzt sein; u.a. erzeugen Einflussfaktoren, die sich potenziell schnell ändern, wie etwa Krieg und Gewalt, aber auch ökonomische und gesellschaftliche Lebensbedingungen Migrationsdruck in den Herkunftsgebieten. Diese treffen auf politisch gesetzte Rahmenbedingungen für Migration (z.B. EU-Arbeitskräftemobilität, Asylrecht, Fachkräfteeinwanderungsgesetz), die den Umfang der Migration und die Herkunftsregionen

Abb. A1-4: Wanderungen von unter 30-Jährigen zwischen Deutschland und dem Ausland nach Altersgruppen 2014 und 2024 (Anzahl)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Wanderungsstatistik → ***Tab. A1-6web***

der Zugewanderten beeinflussen. In den vergangenen Jahren machte die fluchtbedingte Zuwanderung aus Syrien, Afghanistan, dem Irak und aus der Ukraine einen bedeutenden Teil der Zuwanderung nach Deutschland aus. Der Wanderungssaldo als Differenz von Zu- und Fortzügen erreichte infolgedessen mit rund 1,1 Millionen im Jahr 2015 und rund 1,5 Millionen im Jahr 2022 jeweils historische Höchststände.

Wanderungssaldo liegt mit 430.000 auf vergleichbarem Niveau mit 2014 und den Vorjahren

Auch in den Jahren 2023 und 2024 sind weiterhin hohe Zuwanderungszahlen zu verzeichnen (2023: 1,9 Millionen, 2024: 1,7 Millionen), die klar über dem Niveau von 2014 und früheren Jahren liegen. Dem gegenüber steht aktuell jedoch auch eine hohe Zahl an Fortzügen (jeweils rund 1,3 Millionen in den Jahren 2023 und 2024). Der sich für 2024 ergebende Wanderungssaldo von rund 430.000 bewegt sich damit auf einem mit 2014 und den Vorjahren vergleichbaren Niveau (**Tab. A1-5web**). Die in den vergangenen Jahren gesunkene Nettozuwanderung ist auf eine abnehmende Zuwanderung aus den wichtigsten Asylherkunftsländern (Syrien, Türkei, Afghanistan) sowie der Ukraine zurückzuführen. Zudem war 2024 der Wanderungssaldo gegenüber der EU erstmals seit 2008 negativ, mit im Vergleich zum Vorjahr deutlichen Rückgängen insbesondere gegenüber Polen, Rumänien und Bulgarien (Statistisches Bundesamt, 2025k). Auch in den osteuropäischen Ländern macht sich der demografische Wandel zunehmend bemerkbar, sodass das Einwanderungspotenzial aus diesen Herkunftsländern zukünftig weiter zurückgehen dürfte (Helmrich et al., 2020).

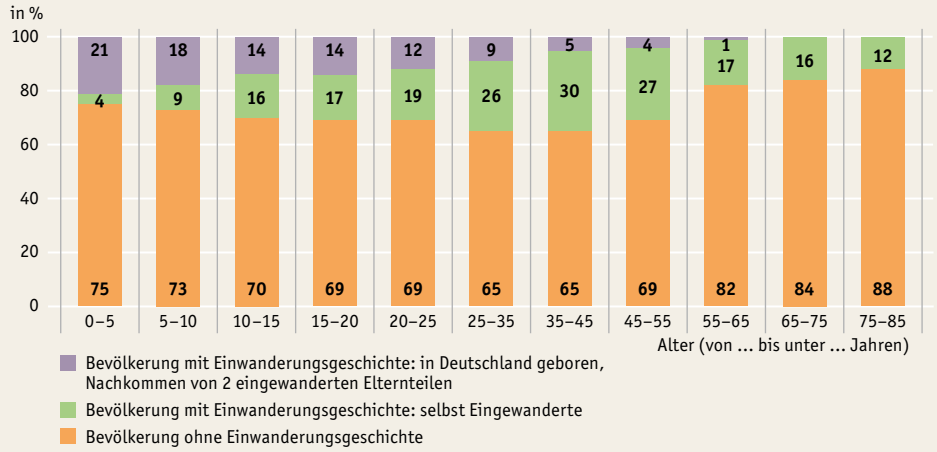
Dynamisches Zu- und Fortzugsgeschehen bei Kindern und Jugendlichen

Für das Bildungssystem besonders relevant sind die Zuzüge und Wanderungssalden in den Altersgruppen unter 30 Jahren, da vor allem zugewanderte Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in Einrichtungen der formalen Bildung einmünden. Insgesamt sind 2024 rund 935.000 Zuzüge in der Altersgruppe der unter 30-Jährigen zu verzeichnen (2014: 784.000). Dabei liegt die Zahl der Zuzüge in allen Altersgruppen mit Ausnahme der 3- bis unter 6-Jährigen höher als 2014. Da jedoch im Vergleich zu 2014 auch weitaus mehr Fortzüge zu verzeichnen sind, bewegt sich der Wanderungssaldo in allen Altersgruppen mit Ausnahme der 15- bis unter 20-Jährigen unter dem Niveau von 2014. Zusammenfassend zeigt sich derzeit ein dynamisches Zu- und Fortzugsgeschehen in allen für die formale Bildung besonders relevanten Altersgruppen (**Abb. A1-4**).

Bevölkerung mit Einwanderungsgeschichte

In Deutschland leben im Jahr 2024 rund 21,4 Millionen Menschen mit Einwanderungsgeschichte G, was einem Anteil von 26 % der Bevölkerung entspricht. Davon sind 75 % selbst eingewandert, die übrigen sind in Deutschland geborene Nachkommen von 2

Abb. A1-5: Bevölkerung nach Altersgruppen und Einwanderungsgeschichte* 2024 (in %)



* *Bedingt durch die Eingrenzung der Gruppe mit Einwanderungsgeschichte sind ältere Geburtsjahrgänge vor 1950 weniger stark vertreten.*

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (D), eigene Berechnungen → ***Tab. A1-7web***

selbst eingewanderten Elternteilen. Der Anteil der Personen mit Einwanderungsgeschichte an der Gesamtbevölkerung hat in den vergangenen Jahren aufgrund der verstärkten Zuwanderung deutlich zugenommen – 2013 betrug er noch 17 %. Der Anteil von Personen mit Einwanderungsgeschichte variiert nach Ländern. In den ostdeutschen Flächenländern hat 2024 lediglich rund jede 10. Person eine Einwanderungsgeschichte, während dies in Berlin, Hamburg, Baden-Württemberg, Hessen und Nordrhein-Westfalen auf rund jede 3. Person zutrifft. Den höchsten Anteil von Personen mit Einwanderungsgeschichte verzeichnet Bremen mit 39 %. Im Allgemeinen liegt der Anteil von Personen mit Einwanderungsgeschichte in städtischen Gemeinden mit 35 % deutlich höher als in ländlichen Gemeinden mit 12 % (**Tab. A1-7web**, **A4**).

Nahezu jede 3. Person unter 25 hat eine Einwanderungsgeschichte, davon fast die Hälfte nicht in Deutschland geboren

Der Median des Alters der Bevölkerung mit Einwanderungsgeschichte beträgt 38 Jahre und liegt damit unter dem Medianalter ohne Einwanderungsgeschichte von 49 Jahren. Von den 20 Millionen unter 25-Jährigen in Deutschland haben 5,8 Millionen (29 %) eine Einwanderungsgeschichte, nahezu die Hälfte von ihnen (45 %) ist selbst eingewandert. Unter 6-Jährige haben zu 26 % eine Einwanderungsgeschichte, wobei die meisten dieser Kinder (83 %) in Deutschland geborene Nachkommen von 2 eingewanderten Elternteilen sind (**Abb. A1-5**, **Tab. A1-7web**).

Methodische Erläuterungen

Bevölkerungsvorausberechnung
Die mit den Statistischen Landesämtern koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts beschreibt mögliche Entwicklungen der künftigen Größe und Struktur der Bevölkerung in verschiedenen Varianten mit je unterschiedlichen Annahmen hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung. Die hier vorgelegten Zahlen stammen aus der im Dezember 2025 vorgestellten und auf der Bevölkerungszahl von 2024 beruhenden 16. koordinierten Vorausberechnung. In der dargestellten Variante 2 (G2L2W2) wurde angenommen, dass sich die jährliche Geburtenrate ausgehend von 1,35 Kindern je Frau im Jahr 2024 langfristig erholen, d. h. bis Ende der 2030er-Jahre auf 1,45 Kinder und bis 2070 auf 1,47 je Frau steigen wird, die Lebenserwartung bei Geburt bis 2070 für Männer um 6,1 Jahre und für Frauen um 4,5 Jahre auf 84,5 Jahre beziehungsweise 87,7 Jahre im Vergleich zur Sterbetafel 2022/2024 zunehmen wird und der Wanderungssaldo langfristig 250.000 Personen pro Jahr betragen wird (Statistisches Bundesamt, 2025c).

Wanderungen, Zu- und Fortzüge
Bei den Wanderungen wird zwischen Wohnsitzwechseln von Personen über die Grenzen Deutschlands (Außenwanderung) und über Gemeindegrenzen hinweg (Binnenwanderung) unterschieden. Die Grundlage bilden die An- und Abmeldungen, die von den Meldeämtern der Länder nach den melderechtlichen Regelungen erfasst werden.

Zusammengefasste Geburtenziffer
Aufsummierte altersspezifische Geburtenziffern (Verhältnis aller Frauen eines Alters zu den von den Frauen dieses Alters im jeweiligen Kalenderjahr geborenen Kindern) für die 15- bis 49-jährigen Frauen. Die zusammengefasste Geburtenziffer bezeichnet die Kinderzahl, die eine Frau im Laufe ihres Lebens erreichen würde, wenn ihr Geburtenverhalten dem der übrigen 15- bis 49-jährigen Frauen desselben Kalenderjahres entspräche.

A 2

Zuletzt im Bildungsbericht 2024 als A2

Wirtschaftliche Entwicklung

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und die finanzielle Lage der öffentlichen Haushalte haben zum einen direkte Auswirkungen auf die fiskalischen Spielräume für Bildungsausgaben. Zum anderen bestehen enge Zusammenhänge zwischen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, regionalen und branchenspezifischen Arbeitsmärkten sowie der Qualifikationsstruktur der Erwerbsbevölkerung, denn eine positive wirtschaftliche Entwicklung ist auf qualifiziertes Personal angewiesen.

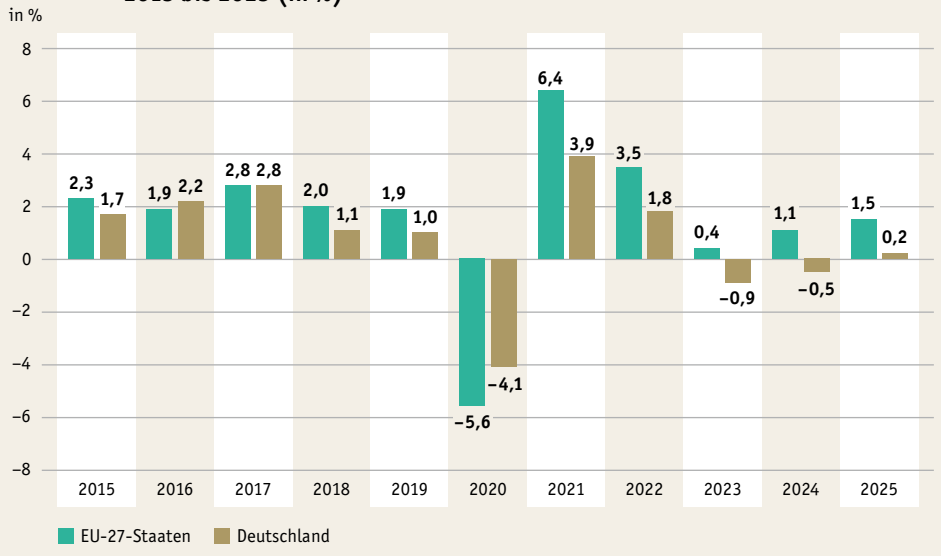
Wirtschaftliche Entwicklung

Ein wesentlicher Indikator zur Bewertung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und des Wohlstands einer Volkswirtschaft ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP)M, das den Gesamtwert aller in einem Land innerhalb einer definierten Zeitperiode produzierten Waren und Dienstleistungen misst. Die Veränderungsrate des realen BIP bildet das um Preiseinflüsse bereinigte Wirtschaftswachstum ab. Mit einem preisbereinigten Rückgang des BIP um 4,1 % geriet die deutsche Wirtschaft im Zuge der Corona-Pandemie im Jahr 2020 erstmals seit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09 in eine Rezession. Trotz der rückläufigen Wirtschaftsleistung schnitt Deutschland im Vergleich der EU-27-StaatenG 2020 gesamtwirtschaftlich noch überdurchschnittlich ab (EU-27-Staaten: –5,6 %). Seitdem wuchs die deutsche Wirtschaft allerdings unterdurchschnittlich: So erwirtschaftete Deutschland 2021 im Mittel ein preisbereinigtes Wachstum von 3,9 % (EU-27-Staaten: 6,4 %) und 2022 von 1,8 % (EU-27-Staaten: 3,5 %).

Deutsche Wirtschaft in anhaltender Schwächephase

Die Erholung der deutschen Wirtschaft setzte sich danach nicht fort; 2023 ist ein Rückgang des preisbereinigten BIP um 0,9 % (EU-27-Staaten: Zunahme um 0,4 %), 2024 ein Rückgang um 0,5 % (EU-27-Staaten: Zunahme um 1,1 %) zu verzeichnen. Im Jahr 2025 stagnierte die deutsche Wirtschaft mit einem preisbereinigten Wachstum von lediglich 0,2 % (**Abb. A2-1**). Eine derart lange andauernde Phase ohne deutliches Wirtschaftswachstum ist für Deutschland ungewöhnlich; auf vergleichbare Rezessionsphasen folgten in der Vergangenheit stets ausgeprägtere Aufschwünge (Statistisches Bundesamt, 2023). Als Gründe für diese anhaltende Schwächephase werden neben

Abb. A2-1: Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) nach Staaten 2015 bis 2025 (in %)



Quelle: Eurostat

→ *Tab. A2-1web*

externen Einflüssen wie der protektionistischen und sprunghaften US-Handelspolitik mit negativen Effekten auf Weltkonjunktur und Exporte deutscher Unternehmen auch inländische und strukturelle Faktoren diskutiert. Dazu gehören insbesondere ein anhaltender Rückgang der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie und die fortschreitende demografische Alterung (Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung [SVR], 2025; Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, 2025; **A1, A3**).

Markante regionale Unterschiede in der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit

Innerhalb Deutschlands ist die Wirtschaftsleistung regional unterschiedlich stark ausgeprägt. Das BIP je Einwohner:in liegt 2024 in Ostdeutschland (mit Berlin) bei 82 % des Bundesdurchschnitts, in Westdeutschland beträgt es 104 % (**Tab. A2-2web**). Der Unterschied zwischen dem wirtschaftsstärksten Land Hamburg (166 %) und dem wirtschaftsschwächsten Land Sachsen-Anhalt (72 %) beträgt rund 48.000 Euro pro Kopf. Die deutlichen Länderunterschiede sind Ausdruck von regionalen Unterschieden in den Wirtschaftsstrukturen und der ungleichen Verteilung großer Unternehmen.

Erhöhung der Weiterbildungsteilnahme essenziell für die Bewältigung des beschleunigten wirtschaftlichen Strukturwandels

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung stellt in seinem Jahresgutachten 2025/26 fest, dass sich der wirtschaftliche Strukturwandel aufgrund von Veränderungen in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen sowie lang anhaltenden Trends der Dekarbonisierung, Digitalisierung und des demografischen Wandels (**A1**) beschleunigt. Dabei wird er sich nicht nur auf strukturschwache Regionen, sondern zunehmend auch auf bisher strukturbeständige und wirtschaftlich starke Regionen auswirken. Diese Entwicklung ist von Relevanz für das Bildungssystem: Mit dem Strukturwandel einhergehende Verschiebungen in der Nachfrage nach bestimmten Berufen und sich ändernde Qualifikationsanforderungen führen potenziell zu Passungsproblemen zwischen Nachfrage und Angebot auf dem regionalen Arbeitsmarkt (Skill-Mismatch), insbesondere wenn diese Veränderungen schnell ablaufen (**A3**, vgl. **E2**). Um durch den Strukturwandel ausgelöste Anpassungsfriktionen auf dem Arbeitsmarkt zu verringern, wird eine Erhöhung der Weiterbildungsteilnahme als essenziell angesehen (SVR, 2025; vgl. **G2**).

Finanzsituation der öffentlichen Haushalte

Zur Wahrnehmung seiner Aufgaben ist der Staat auf die ihm zur Verfügung stehenden Einnahmen angewiesen; den größten Anteil (knapp 90 %) bilden dabei Einnahmen aus Sozialbeiträgen und Steuern. Das Einnahmevolumen hat sich in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich erhöht. Im Jahr 2025 liegt es bei rund 2.140,2 Milliarden Euro, was gegenüber dem Vorjahr einem Plus von 5,7 % entspricht (**Tab. A2-3web**). Eine Erhöhung des Einnahmevolumens trotz eines geringen Wirtschaftswachstums in diesem Zeitraum war möglich, da es sich bei den Einnahmen um eine nominale Größe handelt, die auch auf ein gestiegenes Lohn- und Preisniveau reagiert. Zudem zeigte sich der Arbeitsmarkt in diesem Zeitraum relativ stabil (**A3**). Dies wirkt sich positiv auf die Staatseinnahmen aus, insbesondere da die Abgabenquote (Steuern und Abgaben in Relation zum BIP) in Deutschland vergleichsweise hoch ist (BMF, 2025).

Stetig steigende öffentliche Ausgaben

Stetig gestiegen sind auch die Ausgaben des Öffentlichen Gesamthaushalts Ⓜ. Im Vergleich zu 2024 erhöhten sich die staatlichen Ausgaben 2025 um 5,6 % auf 2.259,3 Milliarden Euro (**Tab. A2-3web**). Der Anteil der Bildungsausgaben am Öffentlichen Gesamthaushalt ist in den vergangenen Jahren rückläufig, was im Kontext der gestiegenen Staatsausgaben zur Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen von Corona-Pandemie und Energiekrise zu sehen ist (vgl. ausführlich **B3**).

Schuldenstand über EU-Grenzwert

Der Finanzierungssaldo des Staates, berechnet aus der Differenz zwischen staatlichen Einnahmen und Ausgaben, liegt 2025 bei –119,1 Milliarden Euro und ist damit im 6. Jahr in Folge negativ (**Tab. A2-3web**). Das Defizit wird durch Schuldenaufnahme finanziert. Der Bruttogesamtschuldenstand von rund 2.838,2 Milliarden Euro im Jahr

2025 bewegt sich mit 64 % des BIP über der gemäß den Bestimmungen des EU-Stabilitäts- und Wachstumspakts festgelegten Grenze von 60 % des BIP; zuletzt gelang es Deutschland im Jahr 2019, diesen Grenzwert einzuhalten. Im europäischen Vergleich liegt Deutschland deutlich unter dem Schnitt der EU-27-Staaten (82 %), wobei deren Schuldenstand als Anteil vom BIP von 24 % in Estland bis 146 % in Griechenland stark variiert (**Tab. A2-3web**, **Tab. A2-4web**).

Umfangreiche Investitionen in Infrastruktur geplant

In Reaktion auf die derzeitigen sicherheits- und wirtschaftspolitischen Herausforderungen wurde im März 2025 das Grundgesetz in Deutschland geändert: Unter anderem wurde dadurch die Einrichtung eines kreditfinanzierten Sondervermögens in Höhe von 500 Milliarden Euro möglich, das für umfangreiche Investitionen in Infrastruktur und Klimaschutz innerhalb einer Laufzeit von 12 Jahren vorgesehen ist. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung weist in seinem Jahresgutachten 2025/26 darauf hin, dass die angestrebte positive Wirkung des Sondervermögens auf das Wirtschaftswachstum abhängig davon ist, inwieweit die damit getätigten Ausgaben eindeutig investiven und zukunftsorientierten Charakter aufweisen sowie über bereits geplante Investitionen hinausgehen (SVR, 2025). Für den Bildungsbereich sind bisher vonseiten des Bundes Investitionen für den Ausbau der Kindertagesbetreuung sowie im Rahmen des Digitalpakts 2.0 Investitionen in die digitale Bildungsinfrastruktur der Schulen und die Lehrkräftebildung eingeplant (vgl. **B3, C2**).

Methodische Erläuterungen

Bruttoinlandsprodukt (BIP)
Die zentrale Größe der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (vgl. Datenquellen) ist das Bruttoinlandsprodukt, kurz: BIP. Das BIP zeigt an, wie viel in einem Land in einem bestimmten Zeitraum wirtschaftlich geleistet wurde. Dabei drückt die Veränderungsrate des preisbereinigten BIP die wirtschaftliche Entwicklung aus und wird auch als Wirtschaftswachstum bezeichnet. Das jährliche BIP lässt sich in jeweiligen Preisen oder preisbereinigt darstellen. Bei einer preisbereinigten Berechnung wird der Einfluss der Preisentwicklung ausgeschaltet.

Öffentlicher Gesamthaushalt
Der Öffentliche Gesamthaushalt umfasst die Haushalte von Bund, Ländern, Gemeinden, Gemeindeverbänden, Zweckverbänden, Sozialversicherungsträgern, der Bundesagentur für Arbeit sowie die Sondervermögen von Bund und Ländern. Dargestellt werden die Nettoausgaben (Gesamtausgaben, bereinigt um den Zahlungsverkehr zwischen den Teilhaushalten). Abweichend davon werden für die Grundmittelbetrachtung in **B3** als Gesamthaushalt die unmittelbaren Ausgaben der öffentlichen Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Gemeinden) für alle Aufgabenbereiche (ohne Sozialversicherung) herangezogen. Grundmittel und unmittelbare Ausgaben sind analytische Kategorien der Finanzstatistik und nicht deckungsgleich mit den spezifischen Abgrenzungen der einzelnen Haushaltspläne. Die unmittelbaren Ausgaben umfassen Ausgaben ohne Zahlungen an den öffentlichen Bereich (für Personal, laufenden Sachaufwand, Zinsen, Sachinvestitionen sowie laufende und vermögenswirksame Zahlungen an andere Bereiche).

Erwerbstätigkeit

Zuletzt im Bildungsbericht 2024 als A3

Erwerbstätigkeit fördert soziale Teilhabe, trägt maßgeblich zur Sicherung der wirtschaftlichen Grundlage von Privathaushalten bei und senkt das Armutsrisiko erheblich. Eine Nichterwerbstätigkeit der Eltern wird daher als eine von 3 Risikolagen für die Bildungssituation von Kindern und Jugendlichen eingestuft (**A4**). Die Entwicklung des Arbeitsmarkts und der Umfang der Erwerbstätigkeit hängen eng mit der demografischen und wirtschaftlichen Entwicklung zusammen; zudem bestehen auf individueller Ebene Zusammenhänge mit der Qualifikation sowie der familialen Situation einschließlich der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Im Folgenden wird vor dem Hintergrund des demografischen Wandels (**A1**) und sich hierdurch verschärfender Arbeits- und Fachkräfteengpässe die Entwicklung der Erwerbsbeteiligung von Frauen, von Personen ab 55 Jahren und von Zugewanderten näher beleuchtet. Außerdem werden die Entwicklung der Beschäftigtenzahlen im Zeitverlauf und in den verschiedenen Wirtschaftszweigen sowie die Entwicklung von Erwerbslosigkeit und atypischer Beschäftigung in Abhängigkeit vom Bildungsabschluss dargestellt.

Struktur und Entwicklung der Erwerbsbevölkerung

Erwerbspersonenzahl wird in den kommenden Jahrzehnten deutlich zurückgehen

Insbesondere aufgrund des sukzessiven Renteneintritts der geburtenstarken Jahrgänge wird die Erwerbspersonenzahl mittel- und langfristig zurückgehen (**A1**; Statistisches Bundesamt, 2020). Um diese Entwicklung abzumildern, sind eine weitere Erhöhung der Erwerbsbeteiligung und des Arbeitsvolumens von Frauen, die Verlängerung der Erwerbsphase im Lebensverlauf sowie eine verstärkte Zuwanderung mögliche Hebel (Statistisches Bundesamt, 2020; Hackmann et al., 2025). Noch offen ist, wie groß das Potenzial der Automatisierung von Tätigkeiten durch den Einsatz innovativer Technologien wie künstlicher Intelligenz für die Abmilderung von Fachkräfteengpässen ist. Absehbar ist, dass sich hierdurch Tätigkeitsprofile verändern sowie auch neue Tätigkeiten entstehen werden; damit verbunden wird der Trend zum steigenden Bedarf nach höher qualifizierten Beschäftigten voraussichtlich anhalten und die Bedeutung von Weiterbildung steigen (Fregin et al., 2023; Grienberger et al., 2024; Schneemann et al., 2025; Zika et al., 2025; vgl. **G**).

In den vergangenen 10 Jahren Zuwachs der Zahl Beschäftigter im Gesundheits- und Sozialwesen, dabei keine Bedarfsdeckung

Die durch Großtrends wie die fortschreitende Digitalisierung und den demografischen Wandel bedingte Umstrukturierung der Wirtschaft wird in der Entwicklung der Zahl der Erwerbstätigen (M) in den verschiedenen Wirtschaftszweigen sichtbar. So verzeichnete der Wirtschaftszweig *Information und Kommunikation* in den vergangenen 10 Jahren Zuwächse, 2024 sind laut Mikrozensus (D) 4 % der Beschäftigten in diesem Bereich tätig (2014: 3 %). In diesem Zeitraum ebenfalls an Bedeutung gewonnen hat der Wirtschaftszweig *Gesundheits- und Sozialwesen*, 2024 sind 14 % der Beschäftigten in diesem Bereich tätig (2014: 13 %), wobei der durch den demografischen Wandel aktuell und perspektivisch noch weiter steigende Bedarf (**A1**) nicht annähernd abgedeckt sein wird (**Tab. A3-1web**). Für die Pflege- und Gesundheitsberufe sowie im Bereich Kinderbetreuung und -erziehung identifiziert die Bundesagentur für Arbeit in ihrer Fachkräfteengpassanalyse für 2024 (Bundesagentur für Arbeit, 2025a) wie bereits in den Vorjahren einen Fachkräfteengpass. Die Fachkräftesituation in diesen Bereichen ist auch für die Fachkräftesicherung in anderen Wirtschaftszweigen von Bedeutung, da die berufliche Verfügbarkeit von Personen mit Verantwortung für Kinder und pflegebedürftige Angehörige stark von Betreuungsmöglichkeiten abhängt (vgl. **C1**).

Erwerbsbeteiligung von Frauen

Erwerbsbeteiligung von Frauen steigt weiter …

Die Erwerbsbeteiligung von Frauen hat sich in den letzten Jahrzehnten stetig erhöht. Die Erwerbsbiografien von Frauen und Männern zeigen jedoch noch immer Unterschiede. Weiterhin am deutlichsten ausgeprägt ist die Differenz der Erwerbsbeteiligung in der Altersgruppe der 30- bis unter 40-Jährigen: In dieser Altersgruppe, in die vornehmlich die Familiengründungsphase fällt, liegt die Erwerbsbeteiligung von Frauen noch immer 10 Prozentpunkte unter der der Männer (**Abb. A3-1**). Frauen mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren sind 2024 in Deutschland zu 71 % realisiert erwerbstätig Ⓜ (d.h. aktuell nicht in Elternzeit oder Mutterschutz); 10 Jahre zuvor waren es 67 %. Mütter gehen damit wesentlich seltener einer Erwerbstätigkeit nach als Väter: Der Anteil der Väter mit realisierter Erwerbstätigkeit liegt 2024 bei 92 % (2014: 92 %). Zudem sind Mütter mit 48 % viel häufiger in Teilzeit tätig als Väter, von denen nur 8 % in Teilzeit arbeiten. In Vollzeit ist fast jede 4. Mutter (23 %) erwerbstätig; der Anteil der in Vollzeit tätigen Mütter hat sich im Vergleich zu 2014 etwas erhöht, damals war jede 5. Mutter (20 %) in Vollzeit erwerbstätig. Die Erwerbsbeteiligung von Müttern unterscheidet sich weiterhin stark zwischen Ost- und Westdeutschland mit einer geringeren Erwerbstätigkeit bei Müttern in Westdeutschland, die deutlich häufiger in Teilzeit ausgeübt wird (**Tab. A3-3web**).

Eine nach Alter des jüngsten Kindes differenzierte Auswertung der Müttererwerbstätigkeit zeigt eine seit 2008 insgesamt deutliche Zunahme der realisierten Erwerbstätigkeit von Müttern mit einem jüngsten Kind unter 6 Jahren von 45 % im Jahr 2008 auf 55 % im Jahr 2024. Innerhalb dieser Gruppe ist die realisierte Erwerbstätigkeit bei Müttern mit kleineren Kindern unter einem Jahr jedoch seit kurzer Zeit wieder leicht rückläufig, sie sank bei Müttern mit jüngstem Kind unter einem Jahr leicht von 13 % im Jahr 2022 auf 12 % 2024, in der Gruppe mit jüngstem einjährigen Kind von 47 % 2022 auf 44 % im Jahr 2024; ob sich dieser Trend bestätigt, bleibt abzuwarten (**Tab. A3-4web**).

… jedoch noch ungenutztes Potenzial in „stiller Reserve“

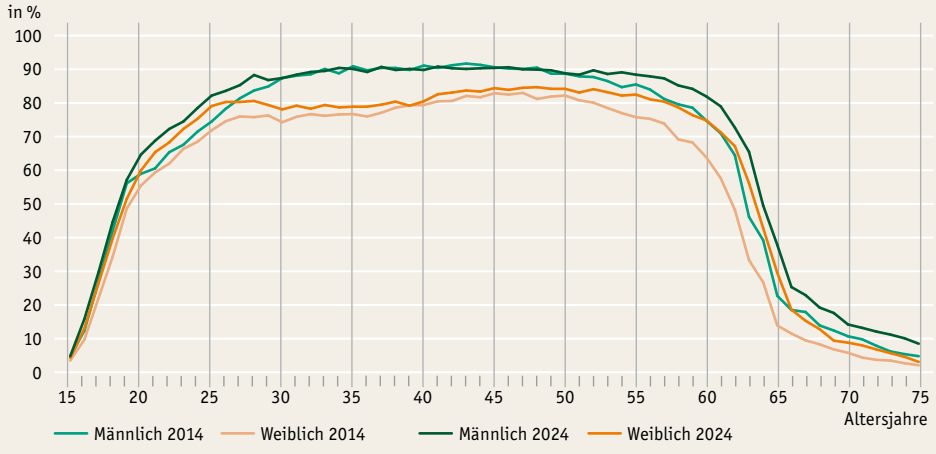
Ein Teil der nichterwerbstätigen Frauen lässt sich der „stillen Reserve“ zurechnen, d.h. Personen ohne Arbeit, die zwar kurzfristig dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen oder aktuell nicht aktiv nach Arbeit suchen, sich aber Arbeit wünschen. Bei Frauen sind dabei laut Mikrozensus Betreuungspflichten der häufigste Grund für Nichterwerbstätigkeit; rund ein Drittel (31 %) bzw. 359.000 der Frauen zwischen 25 und 59 Jahren in der stillen Reserve geben an, aus diesem Grund nicht erwerbstätig zu sein (Statistisches Bundesamt, 2025a). Zudem zeigen Ergebnisse des Familiendemografischen Panels (FReDA), dass die realen Arbeitszeiten von erwerbstätigen Müttern unter ihren für das jeweilige Alter des jüngsten Kindes selbst eingeschätzten idealen Arbeitszeiten liegen, was auf ein unausgeschöpftes Arbeitskräftepotenzial bei Müttern hindeutet. Besonders weit auseinander liegen ideale und reale Arbeitszeit, wenn das jüngste Kind zwischen 8 und 18 Jahre alt ist (Bujard, 2024); dies verweist auch auf die Bedeutung schulischer Ganztagsbetreuung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf (vgl. **D3**). Zusammen mit der Bedarfsdeckung spielt im Bereich der Kinderbetreuung die pädagogische Qualität eine gewichtige Rolle, insbesondere in der frühen Bildung (vgl. **C**). Zudem sind in der Diskussion um Frauenerwerbstätigkeit und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch weitere Aspekte, wie etwa steuerliche Anreize (Ehegattensplitting), Rahmenbedingungen in der Arbeitswelt und geschlechtsspezifische häusliche Arbeitsteilung, zu beachten.

Erwerbsbeteiligung von Personen ab 55 Jahren

Ältere Menschen deutlich länger erwerbstätig als noch vor 10 Jahren …

Die Erwerbsbeteiligung von Personen in der Altersgruppe ab 55 Jahren ist in den vergangenen Jahren deutlich angestiegen und erreicht 2024 einen Höchststand. Die schrittweise Anhebung der Regelaltersgrenze zum Renteneintritt ab 2012 bildet sich

Abb. A3-1: Erwerbstätigenquote nach Altersjahren und Geschlecht 2014 und 2024 (in %)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus, eigene Berechnungen → ***Tab. A3-2web***

in einer gestiegenen Erwerbstätigenquote insbesondere in der Gruppe der 65- bis unter 70-Jährigen ab: 2012 war rund jede 10. Person (11 %) in dieser Altersgruppe erwerbstätig, 2024 gut jede 5. Person (21 %; **Tab. A3-5web**; vgl. **I3**). Erhebliche Zuwächse in diesem Zeitraum fallen aber auch in den Altersgruppen vor dem regulären Renteneintritt auf, besonders in der Altersgruppe von 60 bis unter 65 Jahren: Ging 2012 noch weniger als die Hälfte der Personen einer Erwerbstätigkeit nach (46 %), waren es 2024 rund zwei Drittel (67 %). Innerhalb dieser Altersgruppe nimmt die Erwerbstätigenquote jedoch mit jedem Altersjahr stark ab, im Alter von 64 Jahren liegt sie bei 46 % (**Abb. A3-1**, **Tab. A3-2web**). Derzeit und in den kommenden Jahren erreichen die geburtenstarken Jahrgänge das Rentenalter (**A1**). Eine weitere Erhöhung der Erwerbsbeteiligung in den oberen Altersklassen würde demnach insbesondere kurz- und mittelfristig deutlich zur Arbeitskraftressource beitragen.

… jedoch sind mit 64 Jahren nur weniger als die Hälfte der Menschen erwerbstätig

Erwerbsbeteiligung von Zugewanderten

Stärker als die Entwicklung des Erwerbsverhaltens von Frauen und älteren Menschen wirkt sich laut Erwerbspersonenvorausberechnung des Statistischen Bundesamts der Wanderungssaldo (**A1**) auf die Erwerbspersonenzahl der Zukunft aus (Statistisches Bundesamt, 2020). Hieraus lässt sich ableiten, dass es für die Abmilderung der Alterungseffekte auf dem Arbeitsmarkt von hoher Bedeutung sein wird, wie gut die Arbeitsmarktintegration von Zugewanderten gelingt. Dabei unterscheidet sich die individuelle Ausgangslage auf dem Arbeitsmarkt nach Zuwanderungsgrund; im Fall von Fluchtmigration liegen, anders als bei Erwerbsmigration, in der Regel zunächst geringere Sprachkenntnisse, kein Arbeitsplatzangebot und auch keine Arbeitserlaubnis vor. Mit der Dauer des Aufenthalts können Geflüchtete anfängliche Nachteile jedoch häufig kompensieren: Auf Basis der IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten lässt sich für die 2015 eingewanderte Kohorte für 2022 eine Erwerbstätigenquote feststellen, die sich jener von Zugewanderten insgesamt und dem Bevölkerungsdurchschnitt annähert, bei jedoch erheblichen Geschlechterunterschieden: Geflüchtete Frauen dieser Kohorte waren 2022 weitaus seltener erwerbstätig als Frauen im Bevölkerungsdurchschnitt, geflüchtete Männer lagen hingegen über dem männlichen Bevölkerungsdurchschnitt (Brücker et al., 2024).

Bei der Arbeitsmarktintegration von Zugewanderten zeigen sich deutliche Geschlechterunterschiede …

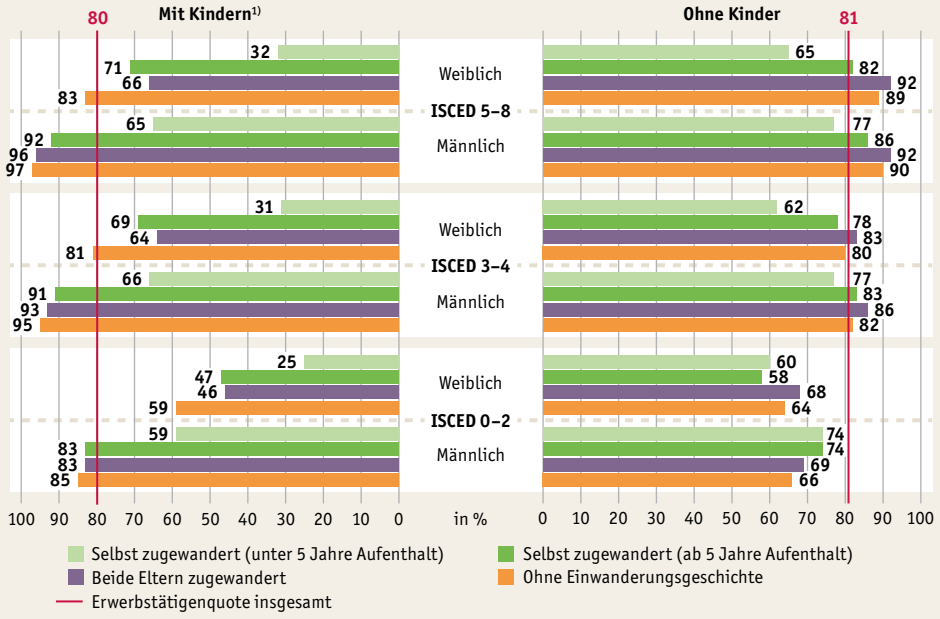
Betrachtet man auf Basis des Mikrozensus die Erwerbsbeteiligung der Gesamtgruppe der neu Zugewanderten[1] mit weniger als 5 abgeschlossenen Jahren Aufenthalt in Deutschland, so zeigt sich, dass Männer wesentlich schneller als Frauen eine Erwerbstätigkeit aufnehmen: Neu zugewanderte Männer sind 2024 zu 71 % erwerbstätig, die neu zugewanderten Frauen kommen auf eine deutlich niedrigere Quote von 48 %. Für beide Geschlechter liegt die Erwerbstätigenquote im Jahr 2024 etwas niedriger als im europäischen Vergleich, bei Frauen etwas ausgeprägter als bei Männern: Im Durchschnitt der EU-27-Staaten G sind neu zugewanderte Männer zu 73 %, neu zugewanderte Frauen zu 52 % erwerbstätig. Im Jahr 2022 lag die Erwerbstätigenquote neu Zugewanderter in Deutschland noch etwas über dem Durchschnitt der EU-27-Staaten (**Tab. A3-6web**, **Tab. A3-7web**). Seit 2022 ist die Gruppe der neu Zugewanderten in Deutschland zunehmend durch Geflüchtete aus der Ukraine geprägt, die überwiegend ohne Vorbereitung auf dem deutschen Arbeitsmarkt ankamen, d.h. zunächst eine Phase des Spracherwerbs und der Orientierung durchlaufen mussten. Die Arbeitsmarktpartizipation der vergleichsweise gut qualifizierten Ukraine-Geflüchteten (vgl. **B5**) hat sich jedoch seit Ankunft konstant und seit 2024 nochmals deutlich erhöht: Für die unmittelbar nach Kriegsbeginn, also zwischen Februar und Mai 2022 angekommene Gruppe stellt die aktuellste Welle der BiB/FReDA-Befragung von Geflüchteten aus der Ukraine für die 20- bis 50-Jährigen zum Zeitpunkt der Befragung im Frühsommer 2025 eine Erwerbstätigenquote von 53 % fest, etwas über ein Jahr zuvor lag dieser Wert in derselben Gruppe noch bei 32 % (Ette & Witte, 2025). Wirksamkeitsanalysen des 2023 gestarteten Programms „Job-Turbo“ legen nahe, dass eine intensivierte Vermittlungsarbeit in den Jobcentern zur positiven Entwicklung beigetragen hat (Hainmüller et al., 2025).

… die auch 5 und mehr Jahre nach Zuwanderung bestehen

Insgesamt betrachtet sind zugewanderte Männer, die seit mindestens 5 Jahren in Deutschland leben, mit 83 % nur etwas seltener erwerbstätig als Männer ohne Einwanderungsgeschichte G (86 %). Bei Frauen ist hingegen auch nach 5 und mehr Jahren nach Zuwanderung ein deutlicher Unterschied der Erwerbstätigenquote im Vergleich zu Frauen ohne Einwanderungsgeschichte festzustellen (69 % zu 82 %), der nochmals größer ausfällt, wenn Kinder im Haushalt leben. Der Unterschied besteht unabhängig vom Bildungsniveau; insbesondere auch zugewanderte Mütter mit mittlerem und hohem Bildungsabschluss (ISCED 3–4, 5–8; vgl. **B5**) sind viel seltener erwerbstätig als vergleichbar qualifizierte Mütter ohne Einwanderungsgeschichte (**Tab. A3-6web**, **Abb. A3-2**). Folglich sind in dieser Gruppe in hohem Maße ungenutzte Fachkräftepotenziale für den Arbeitsmarkt vorhanden. Die Ursachen der geringeren Erwerbsbeteiligung der heterogen zusammengesetzten Gruppe von zugewanderten Müttern sind komplex. Analysen zu Einstellungen von Eltern zur Aufteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit auf Basis des Familiendemografischen Panels (FReDA) zeigen, dass zugewanderte Frauen sich diesbezüglich nicht stark von Frauen ohne Einwanderungsgeschichte unterscheiden (Gambaro et al., 2024); dies rückt strukturelle Barrieren für deren Erwerbsbeteiligung in den Fokus. Besonders viele Herausforderungen zeigen sich dabei in der Teilgruppe der geflüchteten Frauen, bei denen eine Kombination aus migrations- und fluchtbedingten sowie geschlechtsspezifischen Hürden die Arbeitsmarktintegration erschweren kann (Fendel et al., 2025). Zu nennen sind insbesondere Schwierigkeiten beim Zugang zu Kinderbetreuung, was die Arbeitsmarktverfügbarkeit direkt reduziert sowie auch Investitionen in arbeitsmarktrelevante Weiterbildungsaktivitäten wie Sprach- und Integrationskurse erschwert (vgl. **G2**); dies beeinträchtigt zusätzlich den Aufbau sozialer Netzwerke, die wiederum Spracherwerb und Arbeitsmarktintegration fördern (Goßner & Kosyakova,

1 *Personen in Privathaushalten, d. h. Geflüchtete, die noch in einer Gemeinschaftsunterkunft untergebracht sind, bleiben hier unberücksichtigt.*

Abb. A3-2: Erwerbstätigenquote von Personen im Alter von 20 bis unter 65 Jahren nach Einwanderungsgeschichte und weiteren ausgewählten Merkmalen 2024 (in %)



1) Realisierte Erwerbstätigkeit.
Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (MZ-LFS), eigene Berechnungen → ***Tab. A3-6web***

2021; Kosyakova et al., 2021; Kosyakova et al., 2023; Niehues et al., 2021). Gleichzeitig liegen die im Ursprungsland erworbenen beruflichen Qualifikationen von Frauen häufiger in Bereichen, deren Verwertbarkeit auf dem deutschen Arbeitsmarkt durch Reglementierung voraussetzungsvoll ist, z. B. im medizinischen Bereich oder in Lehre und Erziehung (Kosyakova et al., 2021; Kosyakova et al., 2025; zur Anerkennung im Ausland erworbener Abschlüsse vgl. **B2**). Geflüchtete Frauen sind zudem häufiger als geflüchtete Männer durch gesundheitliche Probleme beeinträchtigt, was die Arbeitsaufnahme zusätzlich erschweren kann (Kosyakova et al., 2023).

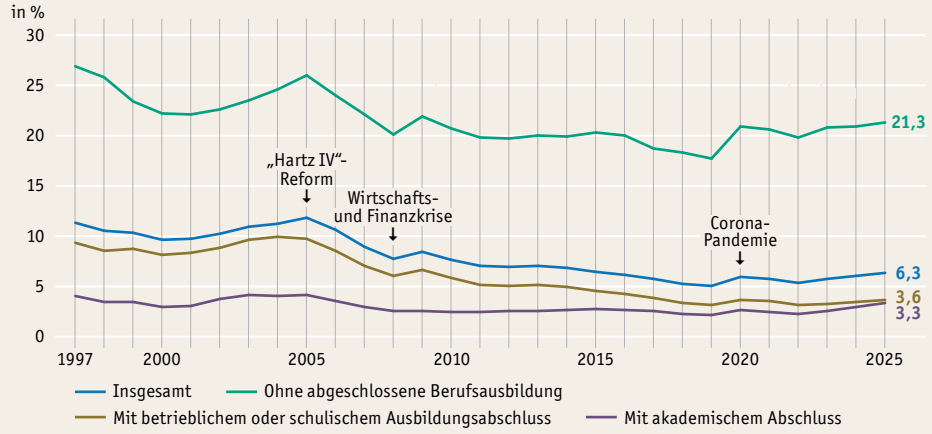
Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt

Zahl der Erwerbstätigen auf Höchststand

Der seit 2005 zu beobachtende relativ kontinuierliche Beschäftigungszuwachs wurde 2020 durch die Corona-Pandemie nur zeitweilig unterbrochen. Der im Jahr 2019 bis dahin verzeichnete Höchststand von 42,4 Millionen Erwerbstätigen wurde im Jahr 2023 mit 42,5 Millionen Erwerbstätigen übertroffen, im Jahr 2024 war nochmals ein Zuwachs auf 42,6 Millionen Erwerbstätige zu verzeichnen (**Tab. A3-8web**). Seit 2023 wird das Beschäftigungswachstum ausschließlich von ausländischen Beschäftigten getragen (Statistik der Bundesagentur für Arbeit, 2024b; Hackmann et al., 2025). So ließ sich das beginnende Ausscheiden der geburtenstarken Jahrgänge aus dem Erwerbsleben bislang noch durch Zuwanderung mehr als ausgleichen, zukünftig ist jedoch von einem Rückgang der Erwerbspersonen (d. h. Erwerbstätigen und arbeitsuchenden Erwerbslosen) auszugehen (Statistisches Bundesamt, 2020; **A1**). Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) gehen von einem leichten Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials (d. h. der Summe aus Erwerbstätigen, Erwerbslosen und stiller Reserve) bereits ab dem Jahr 2026 aus, es wird ein Rückgang um etwa 40.000 auf 48,6 Millionen Personen erwartet (Gartner et al., 2025a).

Infolge der verstärkten Zuwanderung in den vergangenen Jahren sind 2024 8 % aller Erwerbstätigen, d. h. rund 3,2 Millionen Personen, seit 2015 Zugewanderte. In

Abb. A3-3: Arbeitslosenquote insgesamt und nach Qualifikation 1997 bis 2025 (in %)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit → ***Tab. A3-10web***

den verschiedenen Wirtschaftszweigen sind sie unterschiedlich stark vertreten: Überdurchschnittlich ist ihr Anteil an allen Erwerbstätigen im jeweiligen Wirtschaftszweig u.a. im *Gastgewerbe* (21 %), im Bereich *Verkehr und Lagerei* (14 %), im *Baugewerbe* (11 %) und im Bereich *Information und Kommunikation* (10 %). Einen sehr relevanten, wenn auch leicht unterdurchschnittlichen Anteil an allen Beschäftigten machen die seit 2015 Zugewanderten mit 7 %, d.h. rund 400.000 Personen, im von Fachkräfteengpässen geprägten *Gesundheits- und Sozialwesen* aus; 2019 waren es noch 3 %. Im Wirtschaftszweig *Erziehung und Unterricht* ist ihr Anteil mit 4 % (2019: 2 %) deutlich unterdurchschnittlich (**Tab. A3-9web**). Insbesondere in den beiden letztgenannten Sektoren steht vor einer möglichen Arbeitsaufnahme häufig ein längerer Prozess der Anerkennung von formalen Qualifikationen (vgl. **B2**) und des Erwerbs von (vertieften) Sprachkenntnissen. Dies erklärt, warum diese Bereiche bisher weniger stark von der Zuwanderung der vergangenen Jahre profitieren können als andere Wirtschaftszweige.

Seit 2015 Zugewanderte im Gesundheits- und Sozialwesen sowie im Bereich Erziehung und Unterricht unterdurchschnittlich vertreten

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) registrierte für das Jahr 2025 durchschnittlich 2,9 Millionen Arbeitslose Ⓜ: Die Arbeitslosenquote nahm gegenüber dem Vorjahr um 0,3 Prozentpunkte auf 6,3 % zu. Damit ist seit 2022 ein durchgängiger Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. Die schwache wirtschaftliche Entwicklung (**A2**) macht sich zunehmend auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar; weiterhin liegt die Arbeitslosigkeit jedoch deutlich unter dem Niveau früherer wirtschaftlicher Schwächeperioden in den 1990er- und 2000er-Jahren. Das individuelle Risiko, arbeitslos zu werden, ist stark von der formalen Qualifikation abhängig. Im Jahr 2025 ist ähnlich dem Niveau der Vorjahre ungefähr jede 5. Person ohne Berufsabschluss arbeitslos (21,3 %). Die niedrigste Arbeitslosenquote weist regelmäßig die Gruppe der Personen mit akademischer Ausbildung auf, sie liegt im Jahr 2025 bei 3,3 %. Jedoch ist hier jüngst ein verhältnismäßig großer Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen (2023: 2,5 %, 2024: 2,9 %). Laut BA hat sich die wirtschaftliche Schwäche deutlicher in einem Rückgang der gemeldeten Nachfrage nach akademischen Berufen niedergeschlagen als über alle Berufe hinweg. Trotzdem sind die Beschäftigungsperspektiven in den meisten akademischen Berufsfeldern weiterhin als sehr gut einzuschätzen, wenngleich Unterschiede bestehen: Teils klar über 6 % lag die Arbeitslosenquote 2024 in den Naturwissenschaften, im Bereich Mediengestaltung, Werbung und Marketing sowie in den Geistes- und Gesellschaftswissenschaften, in vielen anderen akademischen Berufen jedoch deutlich unter 3 % (Bundesagentur für Arbeit, 2025d). Nur geringfügig über dem Niveau von Personen mit akademischer Ausbildung liegt die Arbeitslosenquote

Arbeitslosigkeit steigt leicht an …

… insbesondere bei Personen mit akademischer Ausbildung

von Personen mit Berufsausbildung (2025: 3,6 %). Der Unterschied zwischen Personen mit akademischem und beruflichem Abschluss hat sich seit Mitte der 2000er-Jahre zunehmend verringert (**Abb. A3-3, Tab. A3-10web**).

Atypische Beschäftigung im Rückgang …

Das Beschäftigungswachstum der letzten Jahre ist mit einem Ausbau von dauerhaften und in Vollzeit oder substanzieller Teilzeit ausgeübten Tätigkeiten einhergegangen: In den letzten 10 Jahren ist der Anteil der sogenannten atypisch Beschäftigten – also Personen, die geringfügig, in Teilzeit mit 20 oder weniger Stunden Wochenarbeitszeit, befristet oder als Zeitarbeitnehmer:innen beschäftigt sind – deutlich gesunken. Im Jahr 2014 lag dieser Anteil bei 21 %, während er im Jahr 2024 auf 17 % zurückgegangen ist. Frauen sind weitaus häufiger in geringem Umfang teilzeitbeschäftigt – mit 19 % im Vergleich zu 4 % bei Männern. Auch geringfügige Beschäftigungen sind bei Frauen mit 7 % viel verbreiteter als bei Männern mit 2 %. Beide Beschäftigungsformen sind jedoch bei Frauen in den vergangenen 10 Jahren stark zurückgegangen (**Tab. A3-11web**).

… insbesondere bei Personen mit niedrigem und mittlerem Bildungsabschluss

Auch in Bezug auf atypische Beschäftigungsformen zeigt sich die Bedeutung eines höheren Bildungsabschlusses: Je höher die Qualifikation, desto geringer ist der Anteil atypischer Beschäftigung. Bei hoch Qualifizierten (ISCED 5–8) sind nur 13 % in atypischen Beschäftigungsverhältnissen tätig. Bei Beschäftigten mit mittlerem Bildungsabschluss (ISCED 3–4) liegt dieser Anteil bei 17 % und bei Personen mit niedrigem Bildungsabschluss (ISCED 0–2) bei 31 %. In den beiden letztgenannten Gruppen ist in der 10-Jahres-Betrachtung allerdings auch der größte Rückgang atypischer Beschäftigungsverhältnisse zu verzeichnen (**Tab. A3-11web**).

Methodische Erläuterungen

Erwerbstätige, Erwerbslose, Nichterwerbspersonen
Vgl. Glossar: Erwerbsstatus (nach dem ILO-Konzept).

Realisierte Erwerbstätigkeit
Realisiert erwerbstätig sind Erwerbstätige, die ihre Tätigkeit nicht wegen Mutterschutz oder Elternzeit unterbrochen haben. Die Einstufung in Voll- und Teilzeiterwerbstätigkeit basiert auf Selbsteinschätzung der Befragten.

Arbeitslose, Arbeitslosenquote
Arbeitslose sind Personen, die vorübergehend nicht in einem Beschäftigungsverhältnis stehen oder nur eine weniger als 15 Stunden wöchentlich umfassende Beschäftigung ausüben, eine mindestens 15 Stunden wöchentlich umfassende versicherungspflichtige Beschäftigung suchen und dabei den Vermittlungsbemühungen der Agentur für Arbeit oder des Jobcenters zur Verfügung stehen, also arbeitsfähig und -bereit sind. Zudem müssen sie in der Bundesrepublik Deutschland wohnen, dürfen nicht jünger als 15 Jahre sein und auch die Altersgrenze für den Renteneintritt noch nicht erreicht haben. Sie müssen sich persönlich bei einer Agentur für Arbeit oder einem Jobcenter arbeitslos gemeldet haben. Schüler:innen, Student:innen und Teilnehmende an Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik gelten nicht als arbeitslos.

A 4

Zuletzt im Bildungsbericht 2024 als A4

Familien- und Lebensformen

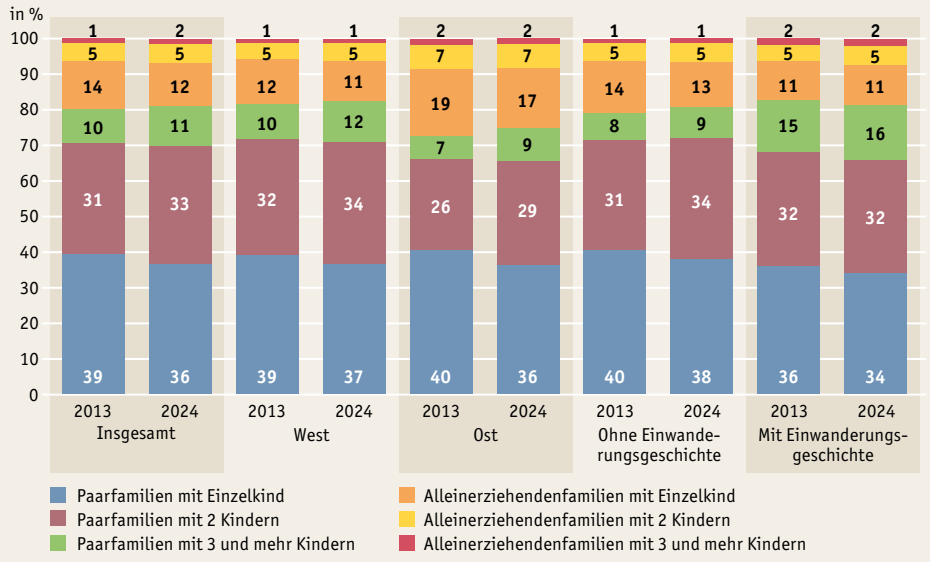
Familie prägt wesentlich die Sozialisation von Kindern (vgl. **C1**). Rahmenbedingungen für Bildungs- und Entwicklungsprozesse von Kindern lassen sich anhand einiger Strukturmerkmale ihres direkten familialen Umfelds beschreiben, insbesondere des formalen Bildungsabschlusses der Eltern, des sozioökonomischen Status der Familie sowie der elterlichen Erwerbsbeteiligung. In Deutschland ist ein im internationalen Vergleich enger Zusammenhang zwischen familialen Lebensverhältnissen, Bildungsbeteiligung sowie Zertifikats- und Kompetenzerwerb nachgewiesen (vgl. **C1**, **D2**, **D7**, **F2**, **H**, **I1**; OECD, 2023a; Autor:innengruppe Bildungsberichterstattung, 2024, B4). Dargestellt wird zunächst, in welchen Familienformen (M) Kinder aufwachsen. Es schließt sich eine Analyse zu Kindern in bildungsbezogenen Risikolagen an. Dabei ist zu analysieren, welche Gruppen besonders von Risikolagen betroffen sind. Zudem wird dargestellt, welche regionalen Unterschiede es in der Ausprägung der Risikolagen gibt und wie Deutschland mit seinem Anteil von Kindern in Risikolagen im europäischen Vergleich einzuordnen ist.

Familienformen

Eltern in Westdeutschland häufiger verheiratet als in Ostdeutschland

Die Hälfte (49 %) der Bevölkerung in Deutschland lebt als Familie zusammen, was gemäß der Definition des Mikrozensus (D) (M) alle Eltern-Kind-Gemeinschaften in einem gemeinsamen Haushalt umfasst. In Westdeutschland liegt der Anteil der Bevölkerung in Familien höher als in Ostdeutschland (50 % gegenüber 45 %; **Tab. A4-1web**). Gründe für diesen Unterschied sind unter anderem die in den 1990er-Jahren stark gesunkene Geburtenziffer in Ostdeutschland mit der Folge einer verkleinerten Elterngeneration (Echoeffekt) wie auch die bis in die 2000er-Jahre verstärkte Wanderung von Personen im jungen und mittleren Alter von Ost- nach Westdeutschland (Statistisches Bundesamt, 2025n). In Westdeutschland ist der Anteil der Familien, in denen beide Eltern miteinander verheiratet sind, mit 72 % größer als in Ostdeutschland (54 %). Der Anteil an Familien, in denen die Eltern in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft zusammenleben, liegt

Abb. A4-1: Familien mit Kindern unter 18 Jahren in Deutschland nach Familienform, Einwanderungsgeschichte und Ländergruppe 2013 und 2024 (in %)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (MZ-Kern), eigene Berechnungen → ***Tab. A4-2web***

2024 in Westdeutschland bei 10 %, in Ostdeutschland bei 21 % (**Tab A4-2web**). Regionale Unterschiede gibt es auch beim Anteil von Alleinerziehenden: In Westdeutschland handelt es sich bei 18 % der Familienformen um Alleinerziehende, in Ostdeutschland liegt die Quote bei 26 % (**Abb. A4-1**). Der Anteil an Alleinerziehendenfamilien ist in den Stadtstaaten höher als in den westdeutschen Flächenländern (**Tab. A4-3web**).

Anteil Alleinerziehender in Ostdeutschland und in den Stadtstaaten höher als in den westdeutschen Flächenländern

Die Familienformen unterscheiden sich auch nach Einwanderungsgeschichte. Hat die Bezugsperson der Familie[2] eine Einwanderungsgeschichte G, beträgt der Anteil, in denen Eltern als Ehepaar zusammenleben 73 % und liegt damit 7 Prozentpunkte höher als in Familien ohne Einwanderungsgeschichte. Die Differenz hat jedoch in den vergangenen 11 Jahren abgenommen (**Tab. A4-2web**). Ein weiterhin deutlich ausgeprägter Unterschied lässt sich bei Familien mit 3 oder mehr Kindern feststellen: Ihr Anteil liegt bei Familien mit Einwanderungsgeschichte der Bezugsperson mit 18 % wesentlich höher als bei Familien ohne Einwanderungsgeschichte (10 %; **Abb. A4-1**).

Knapp die Hälfte (49 %) der jungen Erwachsenen im Ausbildungs- und Studienalter von 18 bis unter 28 Jahren wohnt weiter im elterlichen Haushalt, junge Männer mit 53 % häufiger als junge Frauen (44 %). In Westdeutschland liegen die Anteile um jeweils über 10 Prozentpunkte höher als in Ostdeutschland (**Tab. A4-1web**). Bezüglich des Alters, in dem im Mittel der elterliche Haushalt verlassen wird, liegt Deutschland mit rund 24 Jahren deutlich unter dem europäischen Durchschnitt (EU-27-Staaten G: 26 Jahre; Eurostat, 2026c).

Kinder in Familien mit Risikolagen

Zur Beschreibung der familialen Rahmenbedingungen von Kindern werden 3 Risikolagen unterschieden: die Risikolage formal gering qualifizierter Eltern (kein Elternteil verfügt über eine Hochschulreife oder über eine Berufsausbildung, ISCED 0–2), die soziale Risikolage (kein Elternteil ist erwerbstätig) sowie die finanzielle Risikolage (Armutsgefährdung M des Haushalts). Im Jahr 2024 sind in Deutschland 25 % der Kinder unter 18 Jahren von mindestens einer dieser Risikolagen betroffen (**Abb. A4-2**, **Tab. A4-4web**).

Jedes 4. Kind ist von mindestens einer Risikolage betroffen

Die Risikolage formal gering qualifizierter Eltern geht für die betroffenen Kinder mit einer erhöhten Wahrscheinlichkeit einher, im Erwachsenenalter selbst ohne entsprechende Qualifikation zu bleiben und erwerbslos zu werden (Autor:innengruppe Bildungsberichterstattung, 2024, B4, I1). 2024 wachsen 14 % aller Kinder in Deutschland mit dieser Risikolage auf (2021: 15 %; **Abb. A4-2**, **Tab. A4-5web**).

Anteil der Kinder mit formal gering qualifizierten Eltern bei 14 %

Nach wie vor wächst mit 9 % fast jedes 10. Kind trotz der insgesamt guten Arbeitsmarktsituation (**A3**) in einer Familie auf, in der kein Elternteil erwerbstätig ist. (2021: 11 %; **Abb. A4-2, Tab. A4-5web**). In diesen Fällen liegt eine soziale Risikolage vor, von der ein Drittel dieser Kinder auch längerfristig betroffen ist (Autor:innengruppe Bildungsberichterstattung, 2022, A4). Außer längerfristiger Arbeitslosigkeit können auch wiederholt auftretende kürzere Episoden von Arbeitslosigkeit einen negativen Einfluss auf Bildungsergebnisse ausüben (Groh-Samberg & Lohmann, 2017).

9 % der Kinder von sozialer Risikolage betroffen

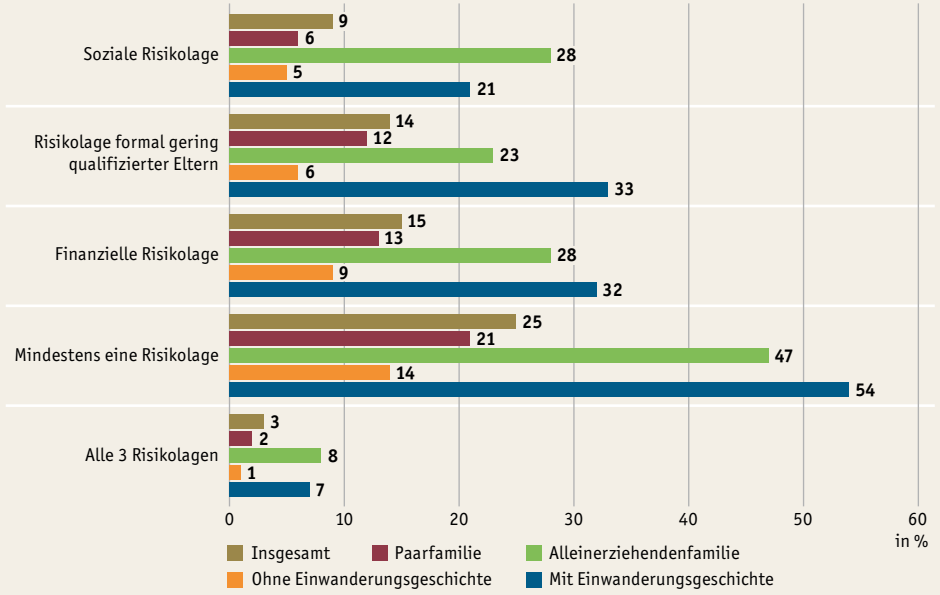
15 % der Kinder in Deutschland sind 2024 von einer finanziellen Risikolage betroffen, das heißt, sie leben unterhalb der Armutsgefährdungsgrenze[3]. Kinder sind damit in einem vergleichbaren Ausmaß von Armutsgefährdung betroffen wie die Gesamtbevölkerung (Statistisches Bundesamt, 2026a). Der Anteil der Kinder in einer finanziellen Risikolage ist im Beobachtungszeitraum seit 2021 mit geringen Schwankungen relativ konstant (**Tab. A4-5web**).

Jedes 7. Kind von finanzieller Risikolage betroffen

2 Im Mikrozensus ist die Bezugsperson der Lebensform bei gemischtgeschlechtlichen Paaren der männliche Partner, bei gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften der oder die ältere Partner:in.

3 Die Werte zur Armutsgefährdung sind nicht mit denjenigen der letzten Bildungsberichte vergleichbar, da aus methodischen Gründen eine Umstellung der Datengrundlage vom Mikrozensus-Kerndatensatz auf EU-SILC erfolgte (vgl. Datenquellen). Zu den Hintergründen vgl. https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Einkommen-Konsum-Lebensbedingungen/Lebensbedingungen-Armutsgefaehrdung/Schongewusst_Indikatoren.html. Zugriff: 28.04.2026.

Abb. A4-2: Anteil der unter 18-Jährigen in Risikolagen nach Familienform und Einwanderungsgeschichte 2024 (in %)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (EU-SILC), eigene Berechnungen → ***Tab. A4-4web***

Kinder in Alleinerziehendenfamilien, mit 2 oder mehr Geschwistern und mit Einwanderungsgeschichte überproportional von Risikolagen betroffen

Insgesamt besonders häufig von Risikolagen betroffen sind Kinder Alleinerziehender (**Abb. A4-2**). In Paarfamilien liegt häufiger mindestens eine Risikolage vor, wenn 3 oder mehr Kinder in der Familie leben (36 % im Vergleich zu jeweils 15 % mit 1 oder 2 Kindern; **Tab. A4-6web**). Ebenfalls überproportional von Risikolagen betroffen sind Kinder mit Einwanderungsgeschichte. Zwischen Kindern mit und ohne Einwanderungsgeschichte liegen 40 Prozentpunkte Differenz in Bezug auf das Vorliegen mindestens einer Risikolage. Der größte Unterschied lässt sich in Bezug auf die Risikolage formal gering qualifizierter Eltern feststellen (**Abb. A4-2**).

Kinder mit Einwanderungsgeschichte sind je nach Herkunftsland unterschiedlich stark von Risikolagen betroffen, Kinder mit Herkunft aus den EU-27-Staaten mit 39 % um einiges seltener von mindestens einer Risikolage als Kinder aus sonstigen europäischen oder außereuropäischen Staaten (jeweils 58 %; **Tab. A4-4web**). Bei in Deutschland geborenen Kindern, deren Eltern beide zugewandert sind (Nachkommen), ist das Zuwanderungsalter der Eltern bedeutsam für die Wahrscheinlichkeit, von einer Risikolage betroffen zu sein. War mindestens ein Elternteil bei Zuwanderung jünger als 18 Jahre, liegt der Anteil der Kinder mit mindestens einer Risikolage bei 36 %, waren beide Elternteile bei Zuwanderung älter, d.h. sind erst im Erwachsenenalter zugewandert, bei 54 % (**Tab. A4-4web**, vgl. **B5**).

Betroffenheit von Risikolagen reduziert deutlich die Wahrscheinlichkeit, dass eine Studienberechtigung angestrebt wird

Das Vorliegen einer oder mehrerer Risikolagen reduziert deutlich die Wahrscheinlichkeit, dass eine Studienberechtigung angestrebt wird: Unter 17- und 18-Jährigen, bei denen mindestens eine Risikolage gegeben ist, liegt der Anteil derjenigen, die ein Gymnasium oder eine zur (Fach-)Hochschulreife führende berufliche Schule besuchen oder die (Fach-)Hochschulreife bereits erreicht haben, 2023 mit 44 % erheblich unter dem entsprechenden Anteil ohne vorliegende Risikolage (65 %; Statistisches Bundesamt, 2025j; Autor:innengruppe Bildungsberichterstattung, 2024, A4). Eine Reduktion dieser Differenz ist Ziel der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie[4].

4 *Nach der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie (DNS) werden Ziele zur nachhaltigen Entwicklung in ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Bereichen festgelegt und regelmäßig überprüft. Sie orientiert sich an den Zielen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals) der Vereinten Nationen.*

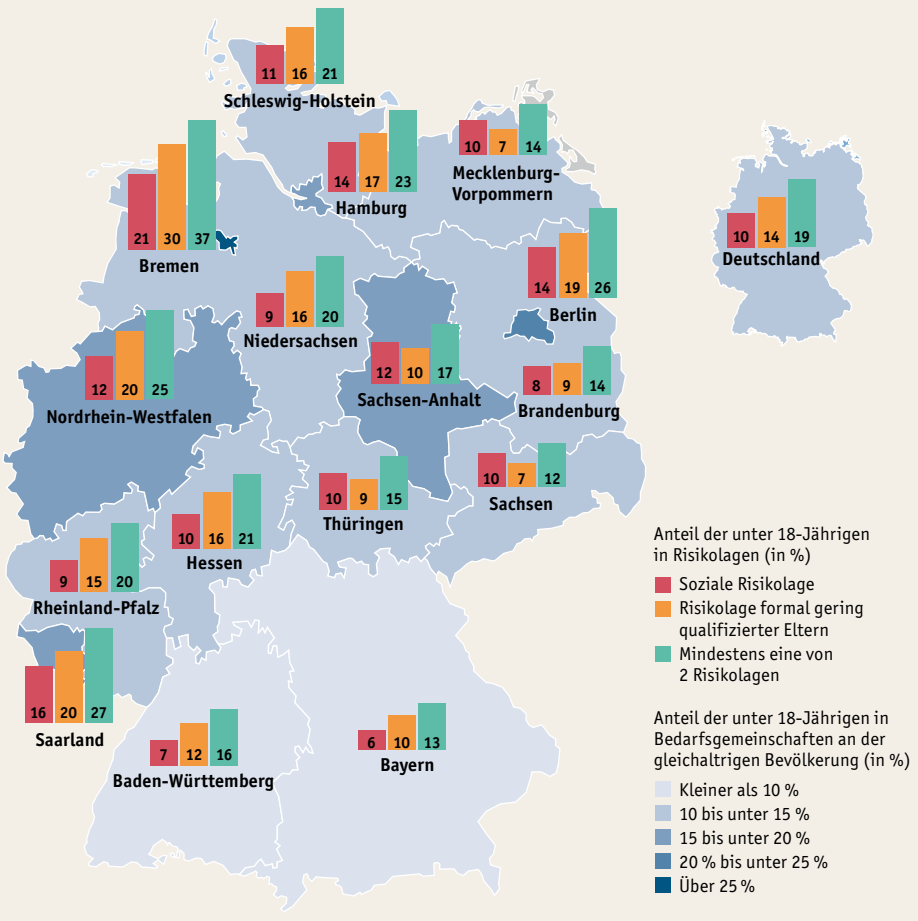
Risikolagen in den Ländern

In den Stadtstaaten, in Nordrhein-Westfalen und im Saarland überdurchschnittlicher Anteil von Kindern in sozialer Risikolage oder mit gering qualifizierten Eltern

Sehr heterogen stellen sich die Risikolagen im Ländervergleich dar. In den ostdeutschen Flächenländern ist der Anteil von Kindern mit der Risikolage formal gering qualifizierter Eltern geringer als in den westdeutschen Flächenländern und den Stadtstaaten. Zur Erklärung trägt hier bei, dass in diesen Ländern auch der Anteil der Bevölkerung mit Einwanderungsgeschichte kleiner ist; in dieser Gruppe ist wiederum der Anteil gering Qualifizierter erhöht (vgl. **B5**). Sowohl in Bezug auf die soziale Risikolage als auch die Risikolage formal gering qualifizierter Eltern sind Kinder in den Stadtstaaten überproportional betroffen. In Berlin und Hamburg liegt der Anteil der von mindestens einer dieser beiden Risikolagen betroffenen Kinder bei knapp einem Viertel, in Bremen über einem Drittel. In den westdeutschen Flächenländern liegen insbesondere das Saarland und Nordrhein-Westfalen eindeutig über dem Bundesdurchschnitt von 19 %, dort lebt jeweils ein Viertel der Kinder unter der Belastung von mindestens einer dieser beiden Risikolagen. Am seltensten von einer der beiden Risikolagen betroffen sind Kinder in Bayern (**Abb. A4-3**).

Seit 2021 ist in keinem Land eine über 3 Prozentpunkte hinausgehende Abnahme des Anteils von Kindern in einer sozialen oder bildungsbezogenen Risikolage zu verzeichnen. Zuwächse um 5 bzw. 4 Prozentpunkte sind in Berlin und Schleswig-Holstein in Bezug auf die Risikolage formal gering qualifizierter Eltern zu beobachten. Im

Abb. A4-3: Anteil der unter 18-Jährigen in Risikolagen und Anteil der unter 18-Jährigen in Bedarfsgemeinschaften nach Ländern 2024 (in %)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (MZ-Kern), eigene Berechnungen; Statistik der Bundesagentur für Arbeit

→ ***Tab. A4-7web, Tab. A4-8web***

Saarland ist ein Zuwachs der sozialen Risikolage um 3 Prozentpunkte zu verzeichnen. In den übrigen Ländern liegen die Zuwächse der Risikolagen unter 3 Prozentpunkten (**Abb. A4-3**, **Tab. A4-7web**).

In den Stadtstaaten, in Nordrhein-Westfalen, im Saarland und in Sachsen-Anhalt überdurchschnittlicher Anteil von Kindern in Bedarfsgemeinschaften

Der Anteil der Kinder an der gleichaltrigen Bevölkerung, die in Bedarfsgemeinschaften nach SGB II (M) leben, ist ein gängiger Indikator in der regionalen Armutsberichterstattung und wird auch hier zum Zweck des regionalen Vergleichs der finanziellen Risikolage herangezogen. Der Anteil der Kinder in Bedarfsgemeinschaften liegt auf Bundesebene 2024 bei 13 % (2021: 13 %; **Tab. A4-8web**). Dabei ist zu beachten, dass ein Leistungsbezug nicht zwangsläufig mit Erwerbslosigkeit einhergeht: In 36 % der Bedarfsgemeinschaften mit Kindern unter 18 Jahren ist mindestens eine leistungsberechtigte Person erwerbstätig (Bedarfsgemeinschaften insgesamt: 26 %; Statistik der Bundesagentur für Arbeit, 2024b).

In den Ländern zeigen sich erhebliche Unterschiede: In allen Stadtstaaten liegt der Anteil von Kindern in Bedarfsgemeinschaften bei 20 % und mehr, den höchsten Anteil verzeichnet dabei Bremen mit 29 %, gefolgt von Berlin (23 %) und Hamburg (20 %). Etwas niedriger, aber ebenfalls deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 13 % liegen die Werte in Sachsen-Anhalt (16 %), Nordrhein-Westfalen (17 %) und dem Saarland (18 %). Unter 10 % beträgt der Anteil lediglich in Baden-Württemberg (9 %) und in Bayern (7 %; **Abb. A4-3**, **Tab. A4-8web**). Eine hohe Varianz zeigt sich dabei auch auf der kommunalen Ebene. Überdurchschnittliche Anteile von Kindern in Bedarfsgemeinschaften weisen städtisch geprägte Kreise und kreisfreie Städte insbesondere in Westdeutschland sowie auch viele ländlich geprägte und strukturschwache Regionen auf (Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, 2023).

Risikolagen im europäischen Vergleich

Deutschland in Bezug auf soziale Risikolage und Risikolage formal gering qualifizierter Eltern leicht über dem Durchschnitt der EU-27-Staaten …

Bezüglich der sozialen Risikolage liegt Deutschland mit 9 % leicht über dem Durchschnitt der EU-27-Staaten (G) (8 %). Höher ist der Anteil der Kinder in Haushalten ohne Erwerbstätigkeit der Eltern lediglich in Frankreich (10 %), Belgien (12 %) und Rumänien (15 %; **Tab. A4-9web**). Der vergleichsweise hohe Anteil von Kindern in sozialer Risikolage ist nicht darauf zurückzuführen, dass die Erwerbstätigenquote von Eltern in Deutschland im Allgemeinen geringer ist. In Familien mit maximal 2 Kindern ist ihre Erwerbstätigenquote höher als im Durchschnitt der EU-27-Staaten; in Familien mit 3 und mehr Kindern liegt sie im Durchschnitt, in Alleinerziehendenfamilien etwas unter dem Durchschnitt der EU-27-Staaten (Eurostat, 2026a; Eurostat, 2026b). Auch in Bezug auf die Risikolage formal gering qualifizierter Eltern liegt Deutschland mit 14 % leicht über dem Durchschnitt der EU-27-Staaten (13 %). Die Spannweite ist hier im Ländervergleich sehr groß und reicht von Anteilen unter 5 % in vielen osteuropäischen und skandinavischen Staaten bis zu Werten über 20 % unter anderem in Italien, Portugal und Spanien (**Tab. A4-9web)**.

… bei finanzieller Risikolage unter dem Durchschnitt der EU-27-Staaten

Bezüglich der finanziellen Risikolage liegt Deutschland mit 15 % hingegen unter dem Durchschnitt der EU-27-Staaten (19 %). Geringer ist der Anteil armutsgefährdeter Kinder in Dänemark (10 %), Slowenien (11 %) und Finnland (12 %; **Tab. A4-9web**). In Deutschland sind 42 % der Kinder mit formal gering qualifizierten Eltern von Armutsgefährdung betroffen (EU-27-Staaten: 51 %; Eurostat, 2026d). Analysen zum Effekt von Politikmaßnahmen zur Adressierung von Kinderarmut liefern Hinweise, dass diese durch Sachleistungen wie eine gut zugängliche Kinderbetreuung am effektivsten reduziert werden kann, da hiermit eine Erwerbstätigkeit der Eltern erleichtert wird (Nygård et al., 2019; **A3**).

Methodische Erläuterungen

Familien- und Lebensform
Gemäß der im Mikrozensus verwendeten Definition ist „Lebensform" der Oberbegriff über alle Formen des Zusammenlebens in Haushalten. Als „Familien" werden alle Formen des Zusammenlebens mit Kindern bezeichnet: Ehepaare mit Kindern, Lebensgemeinschaften mit Kindern und Alleinerziehende mit Kindern. Letztere leben mit ihren Kindern, aber ohne Partner:in im Haushalt. Weitere nichtfamiliale Lebensformen sind Ehepartner (ohne Kinder), Lebenspartner:innen (ohne Kinder) und Alleinstehende. Zu beachten ist, dass Eltern-Kind-Beziehungen, die über Haushaltsgrenzen hinweg bestehen, sowie Partnerschaften mit getrennter Haushaltsführung dabei unberücksichtigt bleiben.

Ergebnisse des Mikrozensus
Im Mikrozensus sind verschiedene Unterstichproben integriert (vgl. Datenquellen: Mikrozensus, EU-SILC, Labour Force Survey). Je nach Analysezweck wird auf den Mikrozensus-Kerndatensatz oder auf die Unterstichproben zurückgegriffen. Dadurch können die auf Basis der unterschiedlichen Stichproben ermittelten Ergebnisse zu gleichen Sachverhalten jeweils geringfügig voneinander abweichen.

Armutsgefährdung
Zur Bestimmung der Armutsgefährdung werden die Haushaltsäquivalenzeinkommen herangezogen. Das Einkommen eines Haushalts ist die Summe der persönlichen Nettoeinkommen aller Haushaltsmitglieder. Beim Äquivalenzeinkommen handelt es sich um eine Rechengröße, die das Einkommen von Haushalten unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung vergleichbar macht. Hier wird als Äquivalenzskala die modifizierte OECD-Skala verwendet, nach der die 1. erwachsene Person das Gewicht 1 erhält, weitere Erwachsene sowie Kinder ab 14 Jahren das Gewicht 0,5 und Kinder unter 14 Jahren das Gewicht 0,3. Bei weniger als 60 % des mittleren Äquivalenzeinkommens (Median) nach Bundesmaßstab wird von einer Armutsgefährdung ausgegangen.

Anteil der Kinder in Bedarfsgemeinschaften nach SGB II an der gleichaltrigen Bevölkerung
Eine Bedarfsgemeinschaft bezeichnet eine Konstellation von Personen, die im selben Haushalt leben und gemeinsam wirtschaften. Von jedem Mitglied der Bedarfsgemeinschaft wird erwartet, dass es sein Einkommen und Vermögen zur Deckung des Gesamtbedarfs aller Angehörigen der Bedarfsgemeinschaft einsetzt (Ausnahme: Kinder; Bundesagentur für Arbeit, 2025b). Für die Ermittlung des Anteils der Kinder in Bedarfsgemeinschaften an der gleichaltrigen Bevölkerung werden alle Kinder im Umfeld von leistungsberechtigten Personen nach dem SGB II berücksichtigt (sowohl mit als auch ohne eigenen Leistungsanspruch des Kindes) und ihr Anteil an der Bevölkerung unter 18 Jahren auf Basis der Bevölkerungsstatistik des Statistischen Bundesamts berechnet. Der Anteil gibt für Kinder das Risiko an, aktuell in einem Haushalt zu leben, in dem Hilfebedürftigkeit nach dem SGB II vorliegt (Statistik der Bundesagentur für Arbeit, 2024a). Zu beachten ist, dass Leistungen, auf die theoretisch ein Anspruch besteht, nicht immer beantragt werden (Baisch et al., 2023) und somit davon auszugehen ist, dass ein Teil der hilfebedürftigen Haushalte nicht erfasst wird.

Perspektiven

Seit 2022 ist ein deutlicher Geburtenrückgang zu verzeichnen, der insbesondere in den ostdeutschen Flächenländern sehr stark ausgeprägt ist. Dies stellt kurzfristig die frühe Bildung vor Planungsherausforderungen; mittel- und langfristig ist diese Entwicklung auch von Bedeutung für die folgenden Bildungsstufen. Die wechselhafte Geburtenentwicklung seit Anfang der 2010er-Jahre wird absehbar dazu führen, dass die Zahl der jüngeren Kinder im Kita- und Grundschulalter kleiner, die Zahl der Kinder im Sekundarschulalter hingegen zunächst größer sein wird als heute. Für die Bildungsbereiche ergeben sich aus dieser Entwicklung sowohl Chancen als auch Herausforderungen in Bezug auf die Bereitstellung von regional bedarfsdeckenden und qualitativ hochwertigen Bildungsangeboten (**A1**, vgl. **B**, **C**, **D**, **E**).

Die geburtenstarken Jahrgänge der Babyboomer-Generation, die in den vergangenen Jahrzehnten einen erheblichen Anteil an den Erwerbspersonen ausmachten, erreichen derzeit oder in wenigen Jahren das Rentenalter. Die folgenden Alterskohorten sind wesentlich kleiner. Vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels ist es wichtig, die Babyboomer-Generation lange im Erwerbsleben zu halten, etwa durch Anreizstrukturen für die Aufrechterhaltung einer Erwerbstätigkeit im höheren Lebensalter und eine erhöhte Weiterbildungsbeteiligung (vgl. **G2**). Mittel- und langfristig sind jedoch die Zuwanderung und Ausschöpfung ungenutzter Arbeitskraftressourcen bei Frauen die quantitativ bedeutendsten Hebel zur Fachkräftesicherung (**A3**). Die Fachkräftesicherung ist auch von großer Bedeutung für eine zukünftig wieder positive Dynamik bei der zuletzt schwachen wirtschaftlichen Entwicklung (**A2**).

Die Zuwanderung nach Deutschland erreicht aktuell nicht mehr die in den vergangenen 10 Jahren verzeichneten historischen Höchststände, weiterhin zeigt sich aber ein dynamisches Zu- und Fortzugsgeschehen (**A1**). Dies stellt alle Bildungsbereiche vor die Aufgabe der gelingenden Integration von Zugewanderten in formale Bildung und Weiterbildung.

Die Arbeitsmarktintegration der in den vergangenen Jahren Zugewanderten verläuft insgesamt positiv. Diese Personengruppe trug maßgeblich zum Beschäftigungswachstum der letzten Jahre bei und half in vielen Bereichen Fachkräfteengpässe abzumildern. Nicht alle Branchen profitieren dabei gleichermaßen von Zuwanderung, bisher unterdurchschnittlich bleibt ihr Anteil in den durch Reglementierung für den Arbeitsmarkteinstieg voraussetzungsvollen Bereichen, etwa im Gesundheits-, Sozial- und Bildungswesen (**A3**).

Die Frauenerwerbstätigkeit hat in den letzten Jahrzehnten deutlich zugenommen. Nachdem ab 2007 familienpolitische Maßnahmen das Thema Vereinbarkeit von Beruf und Familie verstärkt adressiert hatten, zeigte sich insbesondere bei Müttern mit jüngeren Kindern eine wesentliche Erhöhung der Erwerbsbeteiligung. Noch immer kann jedoch ein erheblicher Teil der Frauen Erwerbswünsche aufgrund familialer Verpflichtungen nicht oder nicht im gewünschten Umfang realisieren. Eine Bedarfsdeckung in der Kindertagesbetreuung (vgl. **C2**) und bei Ganztagsangeboten in Schulen (vgl. **D3**) würde dazu beitragen, diese Lücke zu schließen, und erhebliche Potenziale für den Arbeitsmarkt eröffnen. Insbesondere zugewanderte Frauen und Mütter sind hier eine wichtige Zielgruppe, denn sie sind deutlich seltener erwerbstätig als vergleichbar qualifizierte Frauen ohne Einwanderungsgeschichte. Dies gilt insbesondere auch für zugewanderte Frauen mit mittlerem und hohem Qualifikationsniveau. Eine Angleichung ihres Erwerbsverhaltens an jenes vergleichbar qualifizierter Frauen ohne Einwanderungsgeschichte würde daher ein bisher ungenutztes Fachkräftepotenzial erschließen. Mögliche Maßnahmen sind neben dem Abbau von Hürden beim Zugang zu Kinderbetreuung (vgl. **C2**) eine verbesserte Anerkennung von Qualifikationen, die bei zugewanderten Frauen häufig in den stark reglementierten und zugleich von Fachkräfteengpässen geprägten Bereichen liegen (**A3**, vgl. **B2**).

Eine erhöhte Erwerbsbeteiligung von zugewanderten Müttern kann auch zur Reduktion von Risikolagen beitragen, mit denen Kinder mit Einwanderungsgeschichte deutlich überproportional aufwachsen (**A4**) und die ihren weiteren Bildungsweg potenziell negativ beeinflussen. Dass diese Kinder zusätzlich meist sprachliche Hürden überwinden müssen und in dieser Gruppe mehrere bildungsbezogene Risikofaktoren kulminieren, verschärft ihre Problemlagen (vgl. **C5**). Eine weitere überproportional von Risikolagen betroffene Gruppe sind Kinder in Alleinerziehendenfamilien; auch hier besteht ein wichtiger Ansatzpunkt für die Reduktion von Risikolagen in verbesserten Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Im Überblick

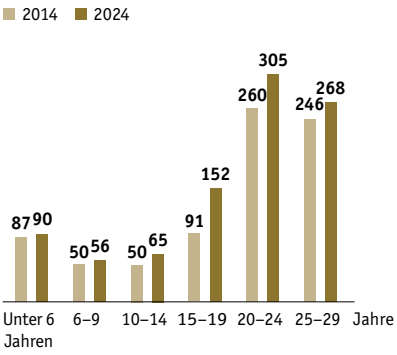
Gesunkene Nettozuwanderung, jedoch weiterhin hohe Zahl an Zuzügen in allen für formale Bildung relevanten Altersgruppen (A1)

Nettozuwanderung nach Deutschland (Differenz von Zu- und Fortzügen)

550 Tausend 2014

430 Tausend 2024

Zuzüge nach Altersgruppen (Anzahl in Tsd.)

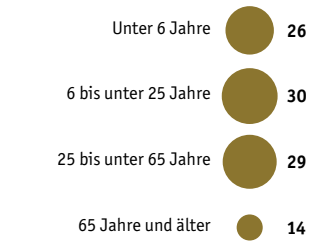


Anteil der Bevölkerung mit Einwanderungsgeschichte auf ein Viertel gestiegen (A1)

Anteil der Bevölkerung mit Einwanderungsgeschichte

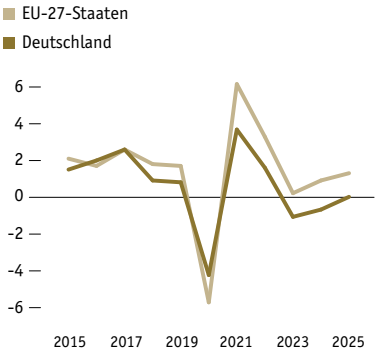
17 % 2013 **26 %** 2024

Nach Altersgruppen 2024 (in %)



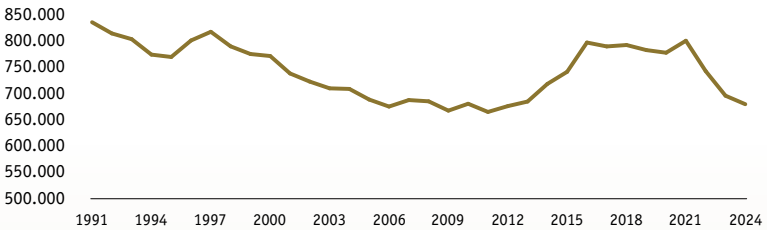
Deutsche Wirtschaft hat sich noch nicht von Schwächephase erholt (A2)

Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts 2015–2025 (in %)



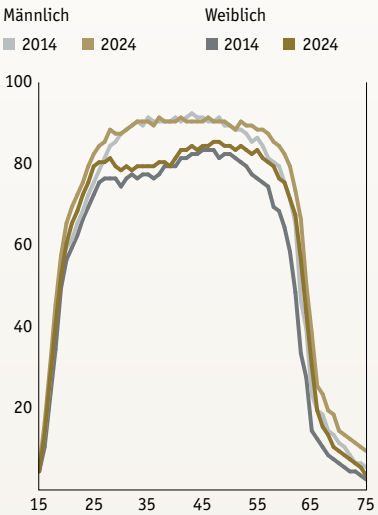
Zahl der Geburten stark rückläufig und auf das Niveau der 2000er-Jahre gesunken (A1)

Anzahl der Geburten 1991–2024



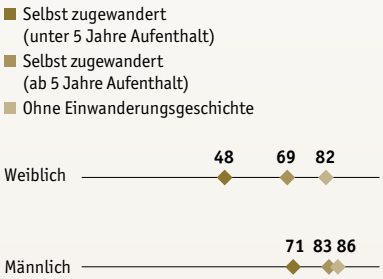
Erwerbsbeteiligung bei Frauen und bei älteren Menschen gestiegen (A3)

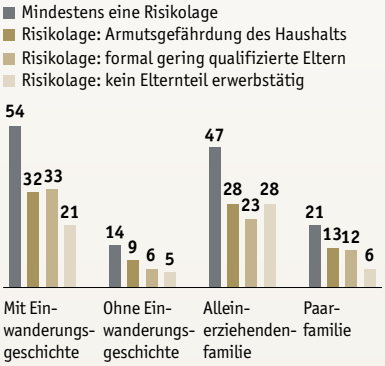
Erwerbstätigenquote 2014 und 2024 nach Altersjahren und Geschlecht (in %)



Erwerbsbeteiligung Zugewanderter steigt mit der Dauer des Aufenthalts in Deutschland, variiert jedoch nach Geschlecht (A3)

Erwerbstätigenquote von 20- bis unter 65-Jährigen nach Einwanderungsgeschichte und Geschlecht 2024 (in %)



Kinder mit Einwanderungsgeschichte und in Alleinerziehendenfamilien überproportional von Risikolagen betroffen (A4)

Risikolagen der unter 18-Jährigen nach Einwanderungsgeschichte und Familienform 2024 (in %)